

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 25

Sonntag, den 22. Juni

1913

Das Frauenwahlrecht marschiert.

Die Erwerbung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Frauen ist von einer Bedeutung, die in unserer Zeit leider nicht genügend gewürdigt wird. Trotzdem schreitet der Gedanke, das Frauenwahlrecht einzuführen, rüstig vorwärts. Diese letztere Tatsache hängt mit der Arbeiterbewegung innig zusammen.

Das Streben nach Gleichberechtigung ist in der Arbeiterklasse erst nach der Gründung der Arbeiterpartei lebhafter hervorgetreten. Freilich hat die Forderung nach Gleichberechtigung, wie sie die Arbeiter stellen, eine viel tiefere, weitgehendere Bedeutung, als sie jemals in liberalen oder demokratischen Kreisen gehabt hat. Gleichberechtigung nicht nur in politischer Beziehung, sondern auch in jeder sozialen, das ist der Kern der proletarischen Forderung, die voraussetzt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus geändert werden müssen, da die kapitalistische Wirtschaft die ökonomische und soziale Ungleichheit bedingt.

Daher weigern sich auch die Verteidiger dieser Wirtschaft, volle politische Gleichberechtigung den arbeitenden Klassen zu gewähren, weil sie den Kampf um die volle Gleichberechtigung, also um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft erleichtert. Die politische Gleichberechtigung, die den Frauen das gleiche Wahlrecht wie den Männern verleiht, fördert den Kampf, weil die Massen der arbeitenden Frauen mit dem Stimmzettel die Arbeiterbewegung stärken würden und in richtiger Ausübung ihres Wahlrechtes agitatorisch lebhafter eingreifen müßten. Erhöhte Anteilnahme der Frauen an den politischen Kämpfen muß aber auch eine tiefere Einwirkung in der Familie haben; der Indifferentismus wird zurückgedrängt, die politische Erziehung der Nachkommen erhält mehr Gewicht durch die praktische politische Betätigung der Frau, der Mutter.

Gerade dieses Moment reizt die herrschenden Klassen zum Widerstand gegen das Frauenwahlrecht. Die Politik soll das Familienleben nicht vergiften, lautet der heuchlerische Einwand der Reaktionen aller Schattierungen, die doch mit allerhand Prestitionen — geistlichen und materiellen — auf die Frauen einwirken, daß sie ihre eigenen Männer zugunsten der herrschenden Klassen beeinflussen sollen. Zu diesem politischen Mißbrauch soll sich die Frau hergeben, aber sonst soll sie nur die simple Dienerin der Familie sein und sich um öffentliche Angelegenheiten nicht bekümmern.

Dieser Erid wird von den Frauen immer mehr durchschaut, je schneller die Arbeiterbewegung vordringt. Das Resultat ist die wachsende Anteilnahme der Frauen an öffentlichen Angelegenheiten und — am Kampf um die Erlangung des Frauenwahlrechts.

Die Bewegung zugunsten des Frauenwahlrechts unter den bürgerlichen Frauen hat nicht entfernt die Bedeutung der proletarischen Bewegung. In jenen Kreisen hat man den Kern der Gleichberechtigung für Alle und in jeder Beziehung nicht erfasst. Sogar im Gegensatz zur proletarischen Bewegung kämpfen bürgerliche Frauen für die Erringung des Stimmrechts, wie z. B. die Suffragetten in England. Anderwärts stößt freilich die bürgerliche Bewegung mit der proletarischen für die Erringung des Frauenwahlrechts zusammen und erringt Erfolge.

Die Einführung des Frauenwahlrechts in einzelnen Staaten und Gemeinden Nordamerikas ist bekannt; aber sie erfolgte aus anderen Gründen, als die Sozialdemokratie sie erstrebt, wenn die letztere auch als Förderin zur Erringung des Wahlrechts eingriff.

In Europa scheint das Frauenwahlrecht von den Nordstaaten aus vorzudringen; obwohl in England die Bewegung keine sichtbaren Fortschritte macht. Aber Dänemark und Norwegen stehen vorbildlich voran. Seit einigen Jahren haben die Frauen Dänemarks das kommunale Wahlrecht, das als Abschlagszahlung auf die Forderung politischer Gleichberechtigung gewährt wurde und sich bewährt hat. Die Volksvertretung hatte sogar schon eine Verfassungsreform vorgenommen, nach der das Wahlrecht für die Volksvertretung den Frauen hätte gegeben werden können, aber das Oberhaus lehnte die Reform ab. Es besteht nun die Hoffnung, daß nach dem bedeutenden Siege der Parteien der Linken bei den jüngst stattgefundenen Wahlen nun bald die Reform durchgeführt wird.

In Norwegen hat nun die Gesetzgebung (Storting) vorige Woche einstimmig beschlossen, daß auch den Frauen das politische Wahlrecht in gleichem Umfange gewährt wird, wie es die Männer besitzen. Die politische Gleichberechtigung der Frauen hat demnach hier den schönsten Erfolg zu verzeichnen. Die nordischen Staaten gehen also in Europa voran mit der Verwirklichung der Forderung nach politischer Gleichberechtigung.

Bei uns in Deutschland ist außer der Bewegung unter den proletarischen Frauen, die selbstverständlich von der Sozialdemokratie gestützt wird, nicht viel von einer bürgerlichen Bewegung für das Frauenwahlrecht zu spüren. Die schwarzblauen Parteien, Junkerpartei und Zentrum, sind reaktionäre Gegner des Frauenwahlrechts. Sie treiben den oben bezeichneten politischen Mißbrauch mit den Frauen und zeteren dabei über die das Frauenwahlrecht fördernde Agitation.

Unter den Nationalliberalen, wie unter den Fortschrittlichen gibt es nur vereinzelte Persönlichkeiten, die für die politische Gleichberechtigung der Frauen eintreten. Diese Einzelnen haben jedoch keinen Einfluß auf ihre Parteien, die es ablehnen, für das Frauenwahlrecht einzutreten. Die kleine Schaar bürgerlicher Frauen, die das Wahlrecht für Frauen fordern, finden also nicht einmal Berücksichtigung beim sogenannten entschiedenen Liberalismus. Sie selbst lehnen es obendrein in ihrer Vereinengenommenheit ab, sich der proletarischen Bewegung für das Frauenwahlrecht anzuschließen, lassen sich vielmehr zur Bekämpfung der einzigen Partei, die rückhaltlos für die Gleichberechtigung der Frau eintritt, der Sozialdemokratie, herbei. Sie werden daher auch keine Erfolge erringen.

Inzwischen gibt die sozialdemokratische Arbeiterbewegung den Frauen praktische Anleitung in der Betätigung der Gleichberechtigung. Als Mitglieder der Partei oder der Gewerkschaften haben die Frauen gleiche Rechte wie die Männer. Die Ausübung dieser Rechte schult die Frauen zur politischen Betätigung. Mit um so größerer Kraft werden sie für ihre Gleichberechtigung im Staat und in der Gemeinde eintreten, je besser sie ihre Rechte in den genannten Organisationen wahrnehmen lernen.

Die herrschenden Parteien fürchten natürlich, daß mit der Gewährung des Wahlrechts die Frauen stärkeren Anreiz zum Anschluß an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erhalten und daß daraus die Sozialdemokratie den größten Vorteil ziehen werde. Das glauben wir auch. Aber die Gegner des Frauenwahlrechts irren sich, wenn sie glauben, die Bewegung für die Gleichberechtigung der Frauen aufhalten zu können. Reaktionsärer Widerstand fordert zu schärferem Kampfe heraus. Diesen Widerstand zu brechen, werden die Frauen um so eifriger die Organisationen unterstützen, die den Kampf gegen ihn führen.

Für die Frauen lautet darum, ebenso wie für die Männer die Devise: Organisiert euch! Je stärker die Organisationen sind, um so eher wird die Gleichberechtigung der Frauen errungen werden.

Reichstagsbrief.

Als am 9. Juni der Reichstag nach achttägiger Pause wieder zusammentrat, war die Budgetkommission fertig mit der 2. Lesung der Militärvorlage. Darauf hatte sie sich zu heilen mit der Beratung der Steuervorlagen, denn „ohne Deckung keine Ausgaben“ lautete die das Volk irreführende Parole der Schwarzblauen und der Regierung. Inzwischen diese Beratungen der Budgetkommission hatten nur mehr formale Bedeutung, denn die Mogeleyen, die zu einer Verständigung der bürgerlichen Parteien führen sollten, fanden hinter den Kulissen statt. Ausgerechnet die Nationalliberalen und das Zentrum — die abgefeimtesten Mogeleybrüder — fanden sich dabei zusammen.

Vorläufig beschäftigten das Plenum am Montag einige kleinere Vorlagen, von denen die wichtigste, betreffend die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen bei Ausübung ihrer richterlichen Tätigkeit, in erster Lesung angenommen wurde.

Als dann am Schluß dieser Sitzung der Präsident die Militärvorlage zur 2. Lesung auf die Tagesordnung setzte, gaben die Ritter und die Heiligen die Erklärung ab, daß sie nur für die Militärvorlage zu haben seien, wenn zugleich die Deckungsfrage gelöst werde, aber sie protestierten nicht dagegen, daß die Militärvorlage in 2. Lesung genommen wurde. Das verriet, welche elende Komödie diese Gesellschaft trieb und daß sie zum Mogseln sich bereit stellen mußten, wenn sie ihr Wort einlösen wollten. Nun, die 2. Lesung der Vorlage deckte den Schwindel der Herren noch mehr auf.

Vorerst mußten die gesamten bürgerlichen Parteien eine Stäupung durch die sozialdemokratischen Redner hinnehmen. Den ersten Tag der 2. Lesung füllte eine viereinhalbstündige Rede des Genossen Noske aus, der die Unmöglichkeit der ungeheuerlichen militärischen Forderungen schon an den der Vorlage beigegebenen Motiven nachwies und sie als ein Kräftigungs- und Schutzmittel der Reaktion hinstellte. Eine Wehr gegen den inneren Feind, wie das heutige Heer von den Herrschenden betrachtet wird, soll das Volk unter solcher unerhörlichen Opfern an Geld

und Blut stellen! Es ist wahrlich eine starke Zumutung an das arbeitende Volk, zu seiner eigenen Unterdrückung Mannschaften zu stellen und die Erhaltung dieser Mannschaften zu bezahlen. Lange kann sich ein solches System nicht halten und ganz richtig meinte Genosse Noske, eines Tages werde das militärische Kampfmittel gegen das Volk verlagert, nämlich, wenn die große Mehrzahl der Soldaten, im sozialdemokratischen Geiste erzogen, zu der Einsicht gekommen sein wird, daß sie zur Verteidigung des Vaterlandes keines überflüssigen Drills bedürfen und, nur dem Willen des Volkes gehorchend, mit dem ganzen Volke gemeinsam etwaige Angriffe irgend eines äußeren Feindes abzumehren verstehen werden. Dazu bedarf es allerdings einer guten Volkswehr, aber keines stehenden Heeres, das nur ein Instrument zur Befestigung der Herrschaft der Minderheit, der herrschenden Klassen und eine stete Gefahr für den Frieden ist.

Die Rede Noskes hielt sich streng im Rahmen der sozialdemokratischen Forderung, wandte sich jedoch ebenso scharf gegen die bestehenden Mängel im Heere und Klang in einem zornigen Protest gegen den Kriegsminister aus, der in der Kommission, wo gegen den Militärboykott von unserer Seite Front gemacht worden war, erklärt hatte, der Boykott werde nur über Lokale verhängt, in denen Sozialdemokraten — Zuhälter und Dirnen verkehrten.

Gegen diese unerhörte Nebeneinanderstellung erhob die gesamte sozialdemokratische Fraktion flammenden Protest, so daß der Kriegsminister nach der Rede Noskes sich gezwungen sah, zu revozieren, d. h. seine Worte so zu deuten, daß er nicht daran gedacht habe, eine derartige Nebeneinanderstellung zu machen.

Außer dem Kriegsminister sprachen noch kurz zwei Generale und der Staatssekretär des Innern, Delbrück, der behauptete, das bekannte Wort Wilhelms II. in einer Thronrede über die Veränderung des preussischen Wahlrechts sei eingelöst, da die Regierung eine Vorlage im Preussischen Landtage eingebracht habe, die dort abgelehnt worden sei.

Dieser erste Tag der 2. Lesung lag der Regierung und den bürgerlichen Parteien schwer im Magen. Da die bürgerlichen Parteien samt und sonders die ungeheure Militärvermehrung bewilligen, so überließ der Kriegsminister den bürgerlichen Rednern die Verteidigung der Vorlage. Alle, auch die Fortschrittler, wandten sich daher gegen die Rede Noskes und bewiesen damit, wie sie die Interessen des werktätigen Volkes verraten.

Am dritten Tage zahlte ihnen dafür Genosse Ledebour gehörig heim. In 2½stündiger Rede wies er alle Angriffe gegen die Sozialdemokratie glänzend zurück und erreichte damit die Wut der gesamten Gegner. Die faulen Gründe auswärtiger Politik, die zur Empfehlung der Heeresvorlage herhalten mußten, zerpfückte er unbarmherzig, indem er die Verkehrtheit und Fribolität der auswärtigen Politik der herrschenden Klassen scharf kennzeichnete.

Hilfloses Gedämmel war es nur noch, was die Verteidiger der Vorlage gegen diese heiden gründlichen Reden vorzubringen vermochten. Die Sozialdemokratie hat mit ihnen eine mächtige, nicht zu widerlegende Anklage gegen den Militarismus und die herrschende Klasse geschleudert, die sich nur in der Macht zu halten vermag, weil leider noch ein großer Teil des arbeitenden Volkes sich von ihr betören läßt.

Als dann nach Schluß der Debatte am Donnerstag die Abstimmungen erfolgten, zeigte sich das heuchlerische Verhalten des Zentrums, das in der Kommission drei Kavallerie-Regimenter der Vorlage mitgestrichen hatte und nun schon zur Hälfte umfiel. Die Zahl der Umgefallenen oder Abkommandierten reichte aber nicht aus, es ergab sich noch eine Mehrheit für die Streichung. In der dritten Lesung wird das Zentrum für die Bewilligung sorgen. So wird das katholische Volk betrogen!

Am Freitag kam bei Fortsetzung der Einzelberatung der sozialdemokratische Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit zur Besprechung. Genosse Gradnauer begründete in einer vortrefflichen Rede den Antrag. Er wies an geschichtlichen Beispielen, wie an der Volkswehr der Schweiz nach, daß die einjährige Dienstzeit vollständig für die Zwecke des heutigen Heeres genüge. Das bestätigte ja auch das Einjährig-Freiwilligen-System, das ein Privileg für die besitzenden Klassen sei. Wollte man die einjährige Dienstzeit nicht, müsse man dieses Privileg abschaffen, das eine grobe Ungerechtigkeit gegen die arbeitenden Klassen sei.

Die Beratung hierüber sollte am Sonnabend fortgesetzt werden, aber die bürgerlichen Parteien beschlossen am Sonnabend nach einer Ansprache des Präsidenten über das 25jährige Regierungsjubiläum Wilhelm II., die Sitzungen ausfallen zu lassen bis Dienstag, 17. Juni.

Inzwischen haben die bürgerlichen Parteien weiter hinter den Kulissen geschadert und ein Steuerkompromiß zu Stande gebracht, das es dem Zentrum ermöglicht, für alles zu stimmen, also seine Scheinopposition gegen eine Erbschaftsteuer und gegen die drei Kavallerieregimenter aufzugeben. Ob die katholischen Arbeiter den Verrat nicht bald merken!

Rundschau.

Blutige Zusammenstöße zwischen Streitenden und Polizisten. In Krefeld ist es zu blutigen Zusammenstößen der Polizei mit den Streitenden gekommen. Nach einer von vielen Tausenden besetzten Versammlung am Dienstag forderte die Polizei in der bekannten Weise die auf dem Heimwege befindlichen Arbeiter auf, „schneller zu laufen“. Da bei der großen Zahl der Menschen sich die Masse nicht in dem von der Polizei gewünschten Tempo vorwärts bewegen konnte, gab es die üblichen, bei der Polizei beliebten Stöße und Wülfte. Die Versuche des Zentralvorstandesmitglied Rüssel, die Polizei zu beruhigen, brachten Rüssel gleichfalls derbe polizeiliche Zurechtweisungen ein. Als die Sache schließlich schon beigelegt schien und die Massen sich verlaufen hatten, rückte aus einem nahen bestreikten Färbereigebäude Verstärkung der Polizeimacht an. Die Polizei ging mit gezogenem Säbel gegen die Arbeiter vor. Ein Färber, der einen Polizisten vom Schlägen abhalten wollte, bekam 10 Hiebe mit dem Säbel und stürzte auf der Straße zusammen. Die alte Mutter des Verletzten wollte ihren Sohn wegziehen. Ein Polizist schlug die alte Frau mit dem Säbel, so daß sie eine blutende Wunde am Arm davontrug. Als sie trotzdem blieb, um ihren Sohn vor weiteren Schlägen zu schützen, packte sie ein Polizist und schleuderte sie zur Erde. Der Vater des Verletzten, der gleichfalls hinzukam, um Mutter und Sohn vor der Polizeiwillkür zu retten — beiläufig bemerkt ist der Vater ein 66 Jahre alter Invalide — erhielt gleichfalls Schläge mit dem Säbel über den Rücken und wurde auf die Erde geworfen. Dann ließen die Polizisten von dem Färber ab und wandten sich anderen des Weges kommenden Arbeitern zu. Eine Beschwerde beim Oberbürgermeister gegen diese Übergriffe der Polizei wurde zurückgewiesen. Der Oberbürgermeister antwortete: die Beamten handelten den Vorschriften des Gesetzes entsprechend! Wer da glaube, daß ihm Unrecht geschähe, müsse sich beschweren. Es würden dann die Gerichte entscheiden. — So trägt die Polizei durch ihr schneidendes Vorgehen unnütze Schärfe und Erbitterung in diesen Kampf der Seidenfärber hinein.

Vom Kampf gegen die Gewerkschaften. Im Oktober vorigen Jahres wurden von dem Schöffengericht in Sagan zehn Genossen ihrer Eigenschaft als Zahlstellen-vorsitzende verschiedener Gewerkschaften von der Anklage der Übertretung des § 3 Absatz 2 des Vereinsgesetzes freigesprochen. Die Zahlstellen der Gewerkschaften wurden nicht als politische Vereine betrachtet. Das freisprechende Urteil war hauptsächlich auf Grund der Aussagen des Polizeinspektors und eines Wachtmeisters gefällt, die auf Grund ihrer langjährigen Tätigkeit in Sagan nichts für die Annahme anführen konnten, die Gewerkschaften hätten sich politisch betätigt. Dieser Prozeß hatte nun einen weiteren zur Folge, der am Mittwoch in Sagan zur Verhandlung stand.

In dem ersten Prozeß führte ein Amtsgerichtsrat Albrecht den Vorsitz. Auf die Frage an den Polizeinspektor, warum denn eigentlich das Strafverfahren eingeleitet worden sei, schweig der Polizeinspektor. Dafür beantwortete der Vorsitzende selbst die Frage dahin, daß dies auf höhere Anordnung geschehen sei. Der Protokollführer hatte aber — wahrscheinlich aus Versehen — die Antwort so protokolliert, als wäre sie vom Polizeinspektor gegeben worden. Auf Grund dieses Protokolls wurde nun gegen den Polizeinspektor ein Disziplinarverfahren eröffnet. Um das Verfahren von sich abzuwenden, begab sich der Inspektor zu dem Protokollführer. Zwischen beiden kam es nun wegen der unrichtigen Aufnahme der angeführten Aussage zu einem heftigen Wortwechsel, bei dem der Polizeinspektor dem Protokollführer zu große Lebenswüdrigkeiten gesagt haben mag. Letzterer klagte gegen den Inspektor wegen Beleidigung und erzielte auch dessen Verurteilung zu 20 M. Geldstrafe. Bei dieser Verhandlung wurde einwandfrei festgestellt, daß der Polizeinspektor die ihm laut Protokoll zugeführte Äußerung nicht getan hat. Der darüber vernommene Schöffe erklärte außerdem noch, daß ihm damals der Protokollführer gesagt habe: Es ist eine sehr wichtige Sache, aber die Leute werden wohl nicht zu packen sein. Der ebenfalls als Zeuge vernommene Amts-anwalt konnte nichts Bestimmtes mehr ausagen. Durch die Erklärung des Polizeinspektors, daß die Gewerkschaften keine politischen Vereine seien, wäre er sehr zum Nachdenken gezwungen gewesen, um die Anklage aufrechterhalten zu können.

So wird der Kampf geführt gegen die freien Gewerkschaften.

Die Regierung mag drängen bleiben. Man erinnert sich, daß die Vertreter der Regierung den Verbandstag der deutschen Gewerkschaften (D. G. V.) plötzlich verließen, weil ein Redner einige Ausführungen machte, die ihnen nicht paßten und der Vorsitzende es nicht für nötig hielt, den Redner zur Ordnung zu rufen. Zu der Sache nimmt jetzt die „Deutschnationale Arbeiterzeitung“, das Organ des Verbandes deutschnationaler Arbeitervereine und des Verbandes vaterländischer Arbeiter im Herzogtum Sachsen-Altenburg das Wort.

In dem Artikel wird zunächst den christlichen Gegnern der Zeit gelesen und gesagt, daß ihr Verhalten geeignet sei, den Deutschnationalen die christliche Weltanschauung stückweise heranzureißen. Die Frage, ob eine Vertretung der Regierung auf Arbeitertagungen wünschenswert sei, wird dahin beantwortet:

„Es ist nicht notwendig, daß die Regierung auf solchen Tagungen vertreten ist. Nicht nur, daß die Vertreter sich

hort nicht wohl fühlen, oder daß man der Ehre ihrer Anwesenheit oder der Ansprachen, die doch alle gleich sind, verlustig geht, nein, sie wirken mitunter sogar hemmend auf den Gang der Verhandlungen. Die Versammelten müssen sich vielfach Schranken auferlegen. Mancher Arbeiter möchte gern seine Gedanken zum Ausdruck bringen, weil aber seine Ausdrucksweise vielfach plump, ungehobelt ist, so unterläßt er es aus Rücksicht auf den anwesenden Regierungsvertreter.“

Bei Christlichen, Deutschnationalen und ähnlichen Arbeitertagungen mag das wohl der Fall sein, die freien Gewerkschaften nehmen auch in Gegenwart von Regierungsvertretern ganz sicher kein Blatt vor den Mund. Und das weiß die Regierung, darum läßt sie sich bei ihnen nicht vertreten.

Eine mißlungene Terrorismusgeschichte. Von der Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. M. wurde die Berufung des Genossen Ege, Lokalbeamten des Zimmererverbandes in Frankfurt a. M., gegen ein Urteil des Frankfurter Schöffengerichts verworfen. Ege war wegen Beleidigung des Zimmerers Rupp zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Kollegen des Rupp hatten dessen Entlassung wegen seines feindsinnigen Verhaltens gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen verlangt und erreicht. Hieraus hatte die fortschrittliche Presse in Frankfurt a. M. und ihr nach die ganze Presse des Reichsverbandes einen Akt politischen Terrors der Sozialdemokratie gemacht. Zur Abwehr dieser Beschuldigung hatte Ege in unserem Frankfurter Parteiblatt eine Erklärung veröffentlicht, in der Rupp ein wenig unsanft angefaßt worden sein will. Er klagte und erreichte die Verurteilung Eges zu der mitgeteilten Strafe. Das Gericht verurteilte E. den Schutz des § 193 Str.-G.-B. (Wahrung berechtigter Interessen). Obgleich durch die Beweisaufnahme in zwei Instanzen erwiesen ist, daß die politische Stellung Rups mit dem Vorgehen seiner Kollegen gegen ihn gar nichts zu tun hatte, behauptete der Anwalt auch in der zweiten Instanz wieder, daß politischer Terror vorliege. Das wird jetzt sicher als urkundlicher Beweis in die Akten des Reichsverbandes übergehen. In Wirklichkeit ist durch Vernehmung von 20 Zeugen das Gegenteil festgestellt worden; auch die zweite Instanz hat ausgesprochen, daß die Zimmerer bei ihrem Vorgehen gegen Rupp nicht an dessen liberale Gesinnung gedacht hätten.

Der Arbeitswilligen-Agent vor Gericht. In den Prozessen gegen den Maurermeister William Pfeiffer und Genossen in Halle a. S. kam es am Donnerstagabend zu einem Teilerfolg. In der Beweisaufnahme wurde von Polizeibeamten hervorgehoben, daß Pfeiffer in den Jahren 1904 bis 1905 usw. — zur Zeit des Streiks — ein sehr arbeitswilliger und „achtbarer“ Mann gewesen sei, der der Polizei stets gefällig war. Sobald die Polizei etwas wünschte, sei er bereit gewesen. Während des Streiks habe er die Arbeitswilligen geschickt und deshalb habe er von den Bauhandwerkern Wertschätzung bekommen. Als aber ein Kriminalkommissar sehr belästigt gegen Pfeiffer ausginge, beschuldigte Pfeiffer diesen Zeugen, er habe von dem wohlhabenden Kaufmann Wandasch Bestechungsgelder angenommen. Besonders hatte der Arbeitswilligen-Agent Personen zu Eidesverletzungen verleitet, die mit ihm in Geschäftsverbindung standen. Ein Bureauvorsteher, den Pfeiffer zu verleiten versucht hatte, bezeichnete diesen als Schurken. Als der Staatsanwalt vorläufig gegen Pfeiffer acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust beantragt hatte, heulte Pfeiffer und meinte, er habe früher derartig gute Leistungen vollbracht, daß ganz Halle auf ihn geschaut habe. „Mit Gottes Hilfe“ warte er auf ein mildes Urteil. Pfeiffer wurde zu fünf Jahren Zuchthaus mit Nebenstrafen verurteilt; acht Mitangeklagte erhielten drei Jahre drei Monate Gefängnis. In den nächsten Tagen stehen weitere Meinungsprozesse gegen Pfeiffer und ein Duzend von ihm verführter Personen zur Verhandlung an.

Die christlichen Brüder unter sich. Der Streit zwischen der Kölner und der Berliner Richtung der organisierten Christlichen tobt trotz des päpstlichen Schweigegebots weiter. Die Berliner Richtung denunzierte einen Glaubensgenossen der Kölner Richtung, der dem Papste den Tod gewünscht habe, er habe schon Unheil genug angerichtet. Das lasse eine bedenkliche Wandlung in der Ehrfurcht vor dem Oberhaupt der christlichen Kirche erkennen.

Aus Mache über die Denunziation stellt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, ein Organ der Münchener-Glabbacher Christlichen, den Rückgang der katholischen Fachabteilung fest. Sie gibt darüber folgende Ziffern:

	1909	1912
Beiträge der Mitglieder	244 670,74	139 187,64
Ausgaben	280 070,23	98 109,44

Der päpstliche Segen schüßt augenscheinlich nicht vor der Wegzehrung. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ schließt die Aufdeckung der fachabteilerischen Bedeutungslosigkeit und ihres stichtliche: Hinscheidens mit folgenden böshaftern Worten:

„Ein kurzes Wort zu den im Geschäftsbericht des „Berliner“ Verbandes angeführten „gewerkschaftlichen Erfolgen“. Soweit ich die Zahlen nachprüfen vermag, handelt es sich fast reiflos um die Erfolge der „Streikorganisations“. Ich führe aus genauer Kenntnis aus dem Baugewerbe an die Orte Schneidemühl, Breslau, Dpeln, Neisse, Chemnitz, Heiligenstadt, Koblenz und Trier. Von allen diesen Orten sagt der Bericht, daß die Maurer und Zimmerer auf Grund der im Jahre 1910 im Baugewerbe abgeschlossenen Tarife eine Lohnerhöhung von 2 1/2 in 1912 erhalten haben. Die Löhne sind im Jahre 1910 und nicht in 1912, der nur automatisch nachwirkt, so hat der „Berliner“ Verband an ihm nicht den allergeringsten Anteil. Er war vielmehr die Frucht der großen Ausperrung im Baugewerbe in 1910. Damals hat der „Berliner“ Verband in den Kampf verwickelten Gewerkschaften nicht nur Schwierigkeiten bereitet, sondern er hat auch ihren Erfolg nach dem Kampfe möglichst verkleinert. Heute dagegen versucht er sich aus einem leicht erkennbaren Bedürfnis heraus selbst damit zu brüsten. Der „Berliner“ Verband hat an diesen Tarifen nur den Anteil, daß er sich ihnen, als sie fertig waren, anschloß, teilweise ohne Mitglieder. Auf die übrigen im Bericht angeführten „gewerkschaftlichen Erfolge“ will ich nicht eingehen; mit ihnen ist es in der Regel nicht anders bestellt.“

Das ist alles ganz schön und nett. Aber es ist doch nur die halbe, nein, nur ein kleineres Teilchen der Mehrheit. Die christlichen Gewerkschaften „erkämpften“ ihre Erfolge fast reiflos im Schatten der freien Verbände. Ohne diese wären sie für das Kapital beinahe ebenso belanglos wie die katholischen Fachabteilungen. Ihren Brüdern von der gleichen Couleur haben die M.-Glabbacher demnach nichts voraus. Aber ihr Schuldkonto ist schwerer belastet. In vielen Fällen — der bekannte Massenstreikbruch beim letzten Ruhrbergarbeiterstreik steht dabei an der Spitze — verhindern die M.-Glabbacher einen Erfolg der Arbeiter, indem sie als Schutztruppe des Kapitals auftreten. Der Schaden, den die überlebenden christlichen Gewerkschaften der Gesamtarbeiterschaft schon zuzügten, ist unverhältnismäßig größer als der Vorteil, den sie ihren Mitglieðern aus den Früchten der Arbeit der freien Gewerkschaften zuführen konnten.

Zentrumschriften gegen den Zehnstundentag für Arbeiterinnen. In den meisten Ländern Europas herrscht für die Arbeiterinnen der gesetzliche Zehnstundentag. In den Staaten, die sich zu dieser Reform noch nicht haben entschließen können, gehört auch Oesterreich. Hier wurde im Jahre 1885 der gesetzliche Elftundentag eingeführt und dabei ist es bis heute geblieben, dank der in Oesterreich vorhandenen rückwärtlichen Parteien, besonders der Christlichsozialen, die im genannten Lande das bedeuten, was das Zentrum für Deutschland ist. Die Sozialdemokratie hat vielfach Versuche gemacht, auf die gesetzliche Kürzung der Arbeitszeit hinzuwirken, aber sie scheiterten an dem Widerstand der reaktionären Parteien im österreichischen Abgeordnetenhaus. So stellten die sozialdemokratischen Abgeordneten am 1. Mai 1909 den Antrag, den Höchstarbeitstag für alle Gewerbebetriebe zunächst auf 10, dann Schritt vor Schritt weiter auf neun und schließlich auf acht Stunden zu verkürzen. Dieser Antrag wurde am 15. und am 19. April 1910 im Sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses verhandelt. Der Ausschuss beschloß, zunächst ein Gutachten des Arbeitsbeirates über diesen Antrag einzuholen. Der Arbeitsbeirat beschloß am 30. Januar 1911 die Einführung des 10stündigen Höchstarbeitstages, und zwar sowohl für Fabriken als auch für das Kleingewerbe zu empfehlen. Nunmehr brachte der Abgeordnete Hansch im Namen des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus einen Antrag ein, der sich vollständig mit dem Beschluß des Arbeitsbeirates deckt, der also nicht mehr forderte als die Einführung des 10stündigen Höchstarbeitstages für die Fabriken und für das Kleingewerbe. Dieser Antrag wurde dem sozialpolitischen Ausschuss zugewiesen. Es hat unglaublich viel Mühe gekostet, den Ausschuss auch nur zur Beratung dieses Gesetzentwurfes zu bringen, die Arbeitsunlust des christlichsozialen Obmannes des Ausschusses, des hochwürdigen Herrn Schöpfer, zu überwinden. Schließlich ist es gelungen, der Antrag wurde beraten. Und das Ergebnis der Beratungen ist, daß der Ausschuss am 28. März d. J. mit 21 gegen 16 Stimmen beschloß, über den 10stündigen Höchstarbeitstag zur Tagesordnung überzugehen. Die Bemühungen der sozialdemokratischen Abgeordneten, für Hunderttausende Arbeiter, die immer noch länger als 10 Stunden täglich arbeiten müssen, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, sind also an dem Widerstand der bürgerlichen Mehrheit gescheitert.

Vor allem wandten sich die Deutsch-Nationalen und die Christlichsozialen gegen den Antrag. Der Arbeiterverrat der letzteren ist um so bemerkenswerter, als die Christlichsozialen schon am Anfang der 80er Jahre den Zehnstundentag für Frauen gefordert haben. Sie, die noch am 27. Juni 1907 durch Kunkel und Genossen einen entsprechenden Antrag eingebracht hatten, fielen um, als es sich nicht mehr um Resolutionen und Anträge, sondern um eine Beschlußfassung in der Frage des Zehnstundentages handelte. Wir sehen, die schwarzen Zentrumschriften sind doch in allen Ländern gleich.

Berichte.

Dahme. In der letzten Mitgliederversammlung gab Kollege Kaefer ein Schreiben der Gobransteiner Kollegen bekannt, in welchem diese uns mitteilen, daß der Fabrikant Mindner ihrem Arbeitgeber bei einer nach Dahme unternommenen Reise erklärt habe, daß für Sandblatt in Dahme keine Zuschläge gezahlt würden, und daß er auch gegen Dahme zu „guter“ Löhne zahle. Kollege Kaiser erklärte hierzu, daß dies, wenn das Schreiben der Gobransteiner Kollegen auf Wahrheit beruht, von Herrn M. eine grobe Ungehörigkeit sei, gegen die energig Protest eingelegt werden müsse. Als ein starkes Stück muß es bezeichnet werden, wenn Herr M. indirekt dazu beiträgt, daß anderwärts besser gezahlte Löhne reduziert werden sollen. Und wie klagten die Herren immer über die süddeutschen Löhne? Bei jeder Gelegenheit sagt man uns, wir sollten erst einmal die süddeutsche „Schmutzkultur“, hervorgerufen durch die schlechten Löhne, beseitigen, dann würden auch die Dahmer Fabrikanten bessere Löhne zahlen können. Aber Herr M., das ist ja das direkte Gegenteil, wenn Sie derartiges sagen; so etwas muß ja die Arbeitgeber in Süddeutschland direkt aufmuntern, schlechte Löhne zu zahlen! Sie machen sich einer Intonsequenz schuldig. Die Dahmer Arbeiter sind der Meinung, daß es ihnen mit der Bekämpfung der Schmutzkultur gar nicht ernst ist, denn dadurch haben auch Sie eine Ausrede, um die Dahmer Löhne noch recht lange hintan zu halten! Ferner bezahlen auch Sie 50 % Zuschlag für Sandblatt! Oder wollen Sie dies bestreiten? Wir werden es abwarten. Sodann sprach Gausleiter Hentschel über § 9 unseres Statuts. In ausführlicher Weise legte er die Änderungsvorschläge seitens des Vorstandes dar, die die Versammlung, wenn auch nicht in allen Punkten, gutheißt. Es werden jedenfalls noch auf dem Verbandstage Änderungen getroffen werden müssen.

Altenburg S.-A. In der letzten Mitgliederversammlung referierte der Kollege Kirn über das Hausarbeitgesetz. Trotz des wichtigen, unser Gewerbe so eng berührenden Themas hatten sich zu dieser Versammlung von rund zweieinhalbhundert Mitgliedern etwa 30 Kollegen, darunter ganze zwei Hausarbeiter, eingefunden. In fast einstündigem Vortrage vertrat es der Redner, den Anwesenden die Vor- und Nachteile dieses famosen „Sozial“gesetzes klar und leichtverständlich zu Gehör zu bringen. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß das ganze Gesetz, nachdem die bürgerlichen Parteien im Reichstage die von den Sozialdemokraten geforderten Lohnminderungen abgelehnt haben, den Hausarbeitern Steine statt Brot bietet. Trotzdem müssen aber die Arbeiter bzw. die Gewerkschaften bei der Regierung ganz energig darauf dringen, daß das Gesetz, von dessen Dasein man bis jetzt noch nichts gespürt hat, endlich zur Durchführung gelangt, um so wenigstens in den Genuss der wenigen Vorteile zu ge-

Zum 16. Verbandstag.

Anträge zum Verbandstag, welche in der gedruckten Vorlage zum Verbandstage Aufnahme finden sollen, sind nur von Zahlstellenversammlungen zu stellen und müssen bis zum 8. Juli d. J. beim unterzeichneten Vorstande eingereicht sein.

Anträge zum Statut sind so zu halten, daß sie sich nur auf die Materie eines Paragraphen beziehen. Anträge, die gestellte Anträge nur wiederholen, bleiben unberücksichtigt. Der Vorstand.

Die Zigarrenindustrie in den Berichten 1912 der preussischen Gewerbeberäte.

III.

Nach dem neuen Hausarbeitsgesetz sind den Behörden von den Unternehmern oder ihren Vertretern Listen über die beschäftigten Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen einzureichen. Die meisten Berichte der Gewerbeinspektoren konstatieren nun, daß das zwar geschehen ist, daß aber diese Listen noch recht mangelhaft sind. So sagt u. a. der Bericht für den Regierungsbezirk Potsdam: „Zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 war es zunächst notwendig, die Zahl und den Sitz der häuslichen Werkstätten und die Art der Hausarbeit festzustellen. Diese Nachforschungen haben im Berichtsjahre im wesentlichen die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren auf dem Gebiete der Hausarbeit ausgemacht. Nur dort, wo der Gewerbeinspektor selbst eingehende Nachforschungen angestellt hat, sind im Laufe des Jahres die Anmeldungen der Hausarbeiter einigermaßen vollständig eingegangen. Ueber die Zahl der in der Hausarbeit gewerblich tätigen Personen können aber auch die nach dem § 13 des Hausarbeitsgesetzes von den Arbeitgebern zu führenden Verzeichnisse kein zuverlässiges Bild geben, da sie nur die Namen derjenigen Hausarbeiter enthalten, denen die Firma Arbeit überträgt. Angaben darüber, welche und wieviele Familienmitglieder an der Ausführung beteiligt sind, aber fehlen.“ Wir fürchten, daß ohne besondere Nachforschungen die Anmeldung der Hausarbeiter überall unvollständig sein wird, so daß damit auch die Kontrolle unvollständig sein muß.

Was sich in den Berichten über Hausarbeit in der Zigarrenindustrie findet, wollen wir hervorheben. Zunächst geben uns die Berichte für die Regierungsbezirke Danzig und Bromberg Kenntnis davon, daß auch im Nordosten Deutschlands, wo die Zigarrenindustrie noch jüngeren Datums und wenig verbreitet ist, die Hausarbeit sich ausgedehnt hat. Danzig berichtet, daß von 6 Zigarrenfabrikannten 700 Hausarbeiter, darunter 500 Frauen, mit Entrippen der Blätter beschäftigt werden, während es im Bromberger Bericht heißt, daß auch in der Zigarrenindustrie die Hausarbeit in nennenswerter Zahl nachgewiesen werden konnte. Der Bericht für Potsdam meldet 99 Hausarbeiter der Zigarren- und Zigarettenindustrie. Der Bericht für den Bezirk Schleswig teilt mit: „Der Hauptberuf und damit die einzige Erwerbsquelle bildete die Hausarbeit in der Schuhmacherei und in der Zigarrenindustrie.“ Es kommen hier nämlich die Zigarrenhausarbeiter von Altona und Ottenen in Frage. Dann heißt es: „Zur Beurteilung der in der Hausindustrie vorliegenden Verhältnisse wurden 117 Revisionen von Hausarbeitswerkstätten vorgenommen, wobei sich ergab, daß die zum Arbeiten dienenden Räume — Küche, Wohnzimmer, auch Schlafzimmer — im allgemeinen als einwandfrei zu bezeichnen waren. Nur in einem Falle wurde bei einer Zigarrenhausarbeiterin eine gänzlich verwaahrloste, verschmutzte Arbeitsstelle vorgefunden; der Arbeitgeber versprach, für eine Besserung zu sorgen. Für Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit im Sinne des § 6 Abs. 1 a. a. O. (des Hausarbeitsgesetzes, D. R.) lag keinerlei Anlaß vor.“ Da möchten wir aber doch fragen, ob denn die Benutzung von Küche, Wohnzimmer oder Schlafzimmer zur Zigarrenfabrikation überhaupt nicht schon eine Gefahr für die Gesundheit ist? Und wenn die Gewerbeordnung darin im Hinblick auf § 6 des Heimarbeitsgesetzes keine Gefahr für die Gesundheit der Beschäftigten erblickt, wie steht es denn aber im Hinblick auf § 7 desselben Gesetzes, wo es sich um die öffentliche Gesundheit handelt? Das Beispiel der verschmutzten Hausarbeitswerkstätte sagt genug. Aber der Unternehmer verspricht ja Besserung! Wieviel von den 117 Revisionen entfallen denn auf die Zigarrenindustrie? Sollten nicht noch mehr solcher unsauberer Hausarbeitswerkstätten im Verborgenen blühen? Es kommt darauf an, wie hoch man die Gesundheit der Arbeiter und die öffentliche Gesundheit einschätzt, wenn man Maßnahmen zum Schutze derselben, über die man zu verfügen hat, anwenden will oder nicht. Wir kennen die Verhältnisse der Hausarbeit in dem bezeichneten Bezirk sehr genau, haben aber keineswegs die Absicht, sie in diesem Augenblick zu besprechen; wir wollten mit unseren Bemerkungen nur zeigen, was man von der den Behörden durch das Hausarbeitsgesetz übertragenen Verordnungs- und Anordnungs-gewalt zu erwarten, vielmehr nicht zu erwarten hat.

Für den Regierungsbezirk Hildesheim wird berichtet: „Hausarbeit findet in erheblichem Umfange statt, und zwar vorwiegend in der Zigarren- und Bekleidungsindustrie. Bei den vorgenommenen Revisionen, besonders in den vorgenommenen Arbeitsräumen der Zigarrenhausarbeiter, wurden wesentliche Mängel hinsichtlich der Beschaffen-

heit oder Benutzung der Arbeitsräume nicht festgestellt. Erwähnenswert ist die Lieferung getrockneter Tabaks durch eine Reihe von Zigarrenfabrikannten an die Hausarbeiter, so daß die mit dem Trocknen des Tabaks meist verbundenen Uebelstände in Wegfall kommen.“ Es wird dann noch bezüglich der Durchführung der Verzeichnisse der Hausarbeiter angeführt, daß sie Schwierigkeiten bereite, weil die Arbeitgeber zum Teil in außerpreussischen Bundesstaaten wohnen und weil zahlreiche besser gestellte Hausarbeiter aus Scheu vor der Öffentlichkeit sich der Aufnahme in die Verzeichnisse zu entziehen suchen. Mit dem letzteren Argument wissen wir ernsthaft wirklich nichts anzufangen, und was die erste Schwierigkeit anbetrifft, so kann doch unter den Bundesstaaten, wie das bei anderen Dingen oft genug geschieht, eine Verständigung herbeigeführt werden.

Im Bericht für den Bezirk Stade lautet das Urteil folgendermaßen: „Von der Hausarbeit ist im hiesigen Bezirk nur die der Zigarrenindustrie von Bedeutung, die mit 385 Arbeitsstätten in der Umgegend von Bremen und in Verden vertreten ist. Die Verhältnisse sind gesund. Die meist verheirateten Hausarbeiter sind ausschließlich mit der Herstellung guter Bremer Zigarren beschäftigt; sie werden gut bezahlt, und dem entsprechen ihre Lebenshaltung und die Räume, in denen sie arbeiten.“ Nach solchen Erfahrungen kriegt der Berichtserstatter der Reg. Gewerbeinspektion am Ende noch Lust, sich mit der Herstellung „guter Bremer Zigarren“ als „gut-bezahlter“ Hausarbeiter in der Bremer Umgegend zu ernähren. Demnach fände das Hausarbeitsgesetz auch hier nichts zu bessern vor. „Die Verhältnisse sind gesund!“ Großartig! Was die in Frage kommenden Tabakarbeiter wohl zu den gesunden Verhältnissen und der guten Bezahlung meinen?

Die Bezirke Danabrück und Aurich berichten von einem Rückgang der Hausarbeit in der Zigarrenindustrie.

Nach den eingegangenen Verzeichnissen wurden im Regierungsbezirk Minden 5395 männliche und 8443 weibliche Hausarbeiter der Zigarrenindustrie festgestellt. Dann führt der Mindener Bericht weiter aus: „Die von den Gewerbeinspektoren vorgenommenen Besichtigungen von Hausarbeitswerkstätten konnten mit Rücksicht auf die sonstigen Aufgaben, die meist ihre volle Arbeitskraft in Anspruch nahmen, nicht sehr zahlreich sein. Es ergab sich, besonders soweit ländliche Gegenden in Frage kommen, daß die Arbeitsräume der Zigarrenhausarbeiter — meist die Wohnstube oder die Küche — bezüglich Höhe und Belichtung billigen Ansprüchen nur selten nicht genügten. Dagegen ließ häufig die Sauberkeit, besonders auch bei der Anfertigung von Zigarren zu wünschen übrig. Weit verbreitet ist unter den Hausarbeitern noch die Mißsitte, die Zigarrenköpfe oder die Finger bei Herstellung der Spitze der Zigarre zu befeuchten. Das unter den Hausarbeitern weit verbreitete Gerücht, daß das noch bevorstehende Zigarrenhausarbeitsgesetz an ihre Arbeitsräume dieselben Anforderungen stellen werde, wie sie in der Bekleidungsindustrie, betr. die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen, vom 17. Februar 1907 für solche Arbeitsräume aufgestellt sind, in denen nicht ausschließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden, hat dazu Anlaß gegeben, daß einzelne Hausarbeiter besondere, zu sonstigen Zwecken nicht benutzte Arbeitsräume eingerichtet haben, und daß beim Neubau von Wohnhäusern häufig schon auf die Einrichtung besonderer Arbeitsräume Bedacht genommen wird.“

Die Gewerbeinspektion für den Nachener Bezirk hat in 18 Betrieben der Zigarrenfabrikation 1 männlichen und 411 weibliche Hausarbeiter festgestellt; außerdem ist ermittelt worden, daß von diesen Hausarbeitern noch 18 unter und 13 über 14 Jahre alte Familienangehörige beschäftigt werden. Leider wird die Zahl der beschäftigten Familienangehörigen wohl selten genau zu ermitteln sein, und namentlich nicht, wenn es sich um Kinder handelt, da oft das Bestreben besteht, die Kinderarbeit vor der Behörde zu verbergen, andererseits wird auch das „Mithelfen“ nicht immer als Arbeit angesehen.

Es wäre ja nett gewesen, wenn wir in den Berichten der preussischen Gewerbeinspektoren schon jetzt hätten lesen können, daß das Hausarbeitsgesetz die Schaiten seiner ersten Wirksamkeit bereits vorauswerfe. Das ist nicht geschehen und konnte auch nicht geschehen, weil, abgesehen von der Einforderung der Hausarbeiterlisten noch nichts von den den Behörden zugewiesenen Aufgaben ausgeführt worden ist. Von den Fachauschüssen ist auch noch keine Spur zu finden. Es bleibt doch immer wieder zu sagen übrig: Arbeiter hilf dir selbst! Organisiere dich!

Die Volksversicherung.

Die Reform der Volksversicherung durch die Volksfürsorge.

I.

„Die Volksfürsorge will die Volksversicherung ihres kapitalistischen Erwerbscharakters entkleiden; sie will den Versicherten die Versicherung zum Selbstkostenpreise liefern.“

In diesen Worten ist das Programm der Volksfürsorge ausgedrückt; seine Durchführung erstreckt sich auf alle zur Lebensversicherung des Volks gehörenden Gebiete; die Reform kommt zum Ausdruck in dem gesamten Aufbau der Volksfürsorge, in den Arten der Versicherung, ihren Grundlagen und vor allem in den Versicherungsbedingungen.

Die Gründung erfolgte auf Beschluß der Gewerkschaften und Genossenschaften. Aus Vertretern dieser Körperschaften werden paritätisch die Organe derselben, der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung gebildet. Die Gewerkschaften und Genossenschaften werden nicht den gering-

sten materiellen Vorteil durch die Volksfürsorge haben; das Aktienkapital von 1 Million Mark ist durch die Vertreter der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen in bar eingezahlt worden. Die Verzinsung desselben ist durch den Gesellschaftsvertrag auf 4 Prozent beschränkt. Um das Aktienkapital in den ersten Jahren infolge der hohen Einrichtungskosten und durch etwaige Verluste aus anormaler Sterblichkeit nicht zu gefährden, ist von den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen ein unverzinslicher Organisationsfonds in der Höhe von 200 000 M. eingezahlt worden, welcher in demselben Maße zurückgezahlt wird, in dem der Reservefonds anwächst. Für Erfüllung der vertragsmäßigen Leistungen der Volksfürsorge ist dem Versicherten mithin jede nur denkbare Garantie geboten. Bei dem Charakter der Volksfürsorge ist es selbstverständlich, daß sie keine hohen Direktorengehälter, keine Prämien an Vorstand und Aufsichtsrat und keine Dividenden an ihre Aktionäre zahlen wird.

Die Volksfürsorge ist ein gemeinsames Volksunternehmen; sie beschränkt sich nicht auf den Abschluß von Versicherungen in Gewerkschafts- und Genossenschaftskreisen; sie wird Versicherungen in allen Kreisen der Bevölkerung, ob gewerblich und genossenschaftlich organisiert oder nicht, abschließen.

Die Versicherungen der Volksfürsorge sind grundsätzlich nach zwei Arten geschlossen: in Kapitalversicherungen mit festen Halbmögensprämien und in Sparversicherungen, bei welchen der Versicherte einzahlt, wann, wo und wieviel er will und die Versicherungssumme entsprechend den geleisteten Einzahlungen wächst. Ergänzend zur Sparversicherung tritt die Risikoversicherung, bei welcher durch eine einmalige Jahresprämie oder Entrichtung derselben in 24 Halbmögensraten eine bestimmte größere Summe von vornherein versichert werden kann.

Bei den Kapitalversicherungen sind die Versicherten am Gewinne der Volksfürsorge beteiligt. Der bilanzmäßig auf die einzelne Versicherung entfallende Gewinnanteil wird den Versicherten am Schlusse des nächsten nach dem Gewinnjahre beginnenden Versicherungsjahres gutgeschrieben und mit 3 1/2 Prozent Zinseszins von der Quittung an mit der zuerst fälligen Versicherungsleistung ausgezahlt.

Da dem Jahresüberschusse lediglich die Summe zur Bildung des gewerblichen Reservefonds, eines Risikoreservefonds, sowie 5 bis 10 Prozent zur Bildung besonderer Reserven und die Summe zur vierprozentigen Verzinsung des Aktienkapitals entnommen und demselben keine Prämien und Dividenden gezahlt werden, ist die Frage nach der Höhe der Prämien und der Versicherungssummen an sich belanglos. Jeder Versicherte ist an dem Ertrage des Unternehmens genau so beteiligt als ein Geschäftsinhaber an dem Ertrage seines eigenen Geschäfts. Aus dem Jahresüberschusse werden nur die Summen entnommen, die zur weiteren Entwicklung und zur Sicherheit des Geschäfts absolut notwendig sind; den gesamten verbleibenden Ueberschuss erhalten die Versicherten.

Das Interesse der Volksfürsorge ist gleich dem Interesse des Versicherten; je mehr sich die Volksfürsorge entwickelt, desto größer der Jahresüberschuss und desto höher der Gewinnanteil, der dem Versicherten alljährlich zu seiner Versicherungssumme gutgeschrieben wird.

Dieser grundsätzliche Unterschied der Volksfürsorge gegenüber der kapitalistischen Volksversicherung kann nicht scharf genug betont werden; wird er im Volke überall verstanden und gewürdigt, so wird die Volksfürsorge in jedem Versicherten einen Mitarbeiter haben, der in seinem eigenen Interesse unablässig neue Versicherungen für sie zu werben bestrebt sein wird.

Die Kapitalversicherungen sind bei der Volksfürsorge derart kalkuliert, daß mit ihrem längeren Bestehen ein fortgesetzt wachsender Gewinnanteil den Versicherten zugute kommen muß. Die Grundlage für die Berechnungen der Reitsprämien bildet die Volkstafel von 1891 bis 1900. Da nach dieser Sterbetafel die Sterblichkeitsverhältnisse günstiger sind als nach den von den älteren Lebensversicherungs-gesellschaften angewandten alten Sterbetafeln sind die Prämien bei der Volksfürsorge niedriger resp. deren Versicherungssummen verhältnismäßig höher als bei den alten Gesellschaften.

Die Leistungen einer Versicherungsgesellschaft sind jedoch nicht allein nach der Höhe der in ihren Tarifen angegebenen Versicherungs-summen zu beurteilen, sondern, wenn zu diesen, wie bei der Volksfürsorge die Gewinnbeteiligung der Versicherten tritt, nach dem den Versicherten alljährlich aus dem Jahresüberschusse zugewiesenen Gewinnanteil; außerdem aber auch nach den Bestimmungen über den Verfall, den Rückkaufswert und die Umwandlung von Versicherungen.

Bei den Tarifen der Volksfürsorge kam es zunächst hauptsächlich darauf an, sie so zu gestalten, daß den Beiträgen der Versicherungsnehmer in ihren verschiedenartigsten Lebens- und Erwerbsverhältnissen Rechnung getragen wurde. Das ist dadurch erreicht, daß vermieden wurde, den Versicherungsnehmer, wie dies von anderen Gesellschaften geschieht, auf eine lange Periode, eventuell auf die ganze Zeit seines Lebens, zu binden.

Auch bei der reinen Todesfallversicherung (Tarif I) ist eine abgekürzte Prämienzahlung von längstens 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren vorgesehen. Der gleiche Grundgedanke ist bei allen Tarifen gewahrt, bei der Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall (Tarif II), bei welchem das versicherte Kapital beim Tode, spätestens nach Ablauf von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren fällig wird, ebenso bei der abgekürzten Todesfallversicherung mit zehnjähriger Prämienzahlung (Tarif III). Das versicherte Kapital wird bei diesem Tarif beim Tode, spätestens mit vollendetem 65., 60., 55., 50., 45., 40. und 35. Lebensjahre fällig.

Bei der Kinderversicherung (Tarif IV) ist die Prämienzahlung ebenfalls auf eine kürzere Periode als bei anderen Gesellschaften, je nach dem Eintrittsalter von 0 bis 6 Jahren, auf 15 resp. 9 Jahre beschränkt.

Die Tarife für die Kapitalversicherung wegen mit festen Halbmögensprämien bieten so mannigfache Variationen, daß ein Versicherungsnehmer auf Grund des Handbuchs, welches die Vertrauenspersonen der Volksfürsorge mit sich führen, in welchem die Gesamtarife nebst den dazu gehörigen Versicherungsbedingungen abgedruckt sind, unsicher den für seine oder die Verhältnisse seiner Familienangehörigen geeigneten Tarif herausfinden wird. Dem Versicherungsnehmer ist auch unbenommen, gleichzeitig mehrere Versicherungen bei der Volksfürsorge einzugehen, z. B. eine Todesfallversicherung nach Tarif I und eine Todes- und Erlebensfallversicherung nach Tarif II. Eine Beschränkung tritt nur insoweit ein, daß die Gesamtversicherungssumme auf Grund der Tarife I bis IV und Va (Risikoversicherung) 1500 M. nicht übersteigen darf.

Die Versicherungssumme von 1500 M. ist bekanntlich die höchstzulässige Versicherungssumme bei der sogenannten kleinen Lebens- oder Volksversicherung, bei welcher eine ärztliche Untersuchung nicht stattfindet. Ueber diese Summe hinaus kann bei der Volksfürsorge ein Versicherungsnehmer seine Versicherungssumme noch steigern, indem er zu seiner Kapitalversicherung, mit festen Halbmögensprämien eine Versicherung mit wachsender Prämienzahlung nimmt (Tarif V, Sparversicherung). Der Höchstbetrag der Einzahlungen bei der Sparversicherung beträgt 60 M. in einem Jahre. Jede Einlage gilt als die Zahlung einer einmaligen Prämie und wird mit der dem Alter des Versicherten entsprechenden Position des Tarifs kapitalisiert. Zu der Sparversicherung werden Werten im Werte von 10 und 50 M. verabsichtigt; der Versicherte kann also je nach seinen Verhältnissen, wann immer es ihm möglich ist, Spars-

versicherungsmarken kaufen und in seine Prämientarife einfließen.
Zur Aufsicht gelangen die auf einer Prämientarife geliebten
Marken erst dann, sobald sie einen Wert von mindestens 5 M er-
langt haben. Die Sparversicherung nach Tarif V ist eine Todes-
und Lebensfallversicherung. Die Versicherungssumme wird beim
Tode, spätestens mit vollendetem 66., 60., 55., 50., 45., 40.
und 35. Lebensjahre gezahlt. Tarif VI ist eine Kinder-sparver-
sicherung in Verbindung mit einer Sparversicherung für die
Ergänzung der Pension, Leistung der Militärpflicht oder
die Beschaffung der Aussteuer.

Bei den Sparversicherungen und ebenfalls bei der Risikover-
sicherung ist eine Gewinnteilnahme vorläufig nicht
eingeführt. Diese Tarife sind mit ganz geringen Verwaltungskosten
kalkuliert, so daß es, bevor nicht eine Erfahrung aus den Ergebnissen
einiger Jahre vorliegt, bedenklich erscheint, bei den für die Versicherten
äußerst günstigen Tarifpositionen ihnen einen Gewinn in Aus-
sicht zu stellen. Stellt sich durch die für jeden Tarif zu führende
Spezialabrechnung heraus, daß dennoch ein Gewinn regelmäßig
sicher ist, so wird auch bei diesen Tarifen die Gewinnteilnahme der
Versicherten eingeführt werden.

Die Sparversicherung ist in Deutschland nur von dem
Allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart geführt
worden. Sie hat bisher wenig Anklang gefunden, obgleich das
Sparversicherungssystem das denkbar beste ist. Der Grund für die
ungünstige Entwicklung der Sparversicherung dürfte darin zu suchen
sein, daß hinter der Stuttgarter Arbeiter-Sparversicherung nur
eine kleine Vereinigung mit geringer Mitgliederzahl stehen, andererseits aber
auch darin, daß bei den meisten Versicherungsnehmern das Bestreben
obwaltet, für den Fall ihres Ablebens ihren Angehörigen von vorn-
herin eine größere Versicherungssumme zu sichern. Aus diesem
Grunde hat die Volksfürsorge in Verbindung mit der Sparver-
sicherung die Risikoversicherung (Tarif Va) eingeführt. Die
Volksfürsorge ist die erste Gesellschaft, welche eine Risikoversicherung
in dieser Form eingeführt hat; sie folgt damit den Vorschlägen
mehrerer Sozialreformer, welche wiederholt diese Versicherungsart
empfohlen haben.

Die der Risikoversicherung zugrunde liegende Idee ist eine
höchst einfache. Auch die Sterblichkeit der Menschen unterliegt,
sofern es sich um Massen handelt, einer gewissen Gesetzmäßigkeit.
Das wahrscheinliche Risiko, welches eine Gesellschaft bei Lebens-
versicherungen zu tragen hat, läßt sich für Personen gleichen Alters
für ein Jahr feststellen. Die Volksfürsorge legt ihrer Risikover-
sicherung eine Periode von zehn Jahren zugrunde.

Die Risikoversicherung ist nur in Verbindung mit der Spar-
versicherung in der Art zulässig, daß der Versicherungsnehmer für
jede Mark Sparversicherungsprämie, die er während der ersten zehn
Jahre der Versicherung durchschnittlich jährlich zu zahlen beabsich-
tigt, die in dem Risikotarif bezogene Anfangsversicherungssumme
zusätzlich der Versicherungssumme des Sparversicherungstarifs ein-
mal versichern kann. Die für die Zusatzversicherung zu zahlende
einmalige Risikoprämie beträgt pro Mark der durchschnittlich jähr-
lich für zehn Jahre zu zahlenden Sparversicherungsprämie 1,50 M.
Die Risikoversicherung ist bei Beginn der Versicherung auf einmal
oder in regelmäßigen Halbmonatsraten im ersten Versicherungs-
jahre zu zahlen. Die zusätzlich versicherte Risikoversicherungssumme
ermäßigt sich jährlich um den zehnten Teil und wird nur ge-
zahlt, wenn der Tod nach Ablauf einer Karenzzeit von einem Jahre
in den nächsten zehn Jahren eintritt; im ersten Versicherungsjahre
werden nur die eingezahlten Prämien zurückerstattet.

Risiko- und Sparversicherung ergänzen sich gegenseitig. Durch
die Einzahlungen auf Sparversicherung steigt die Gesamt-
versicherungssumme trotz der zehnprozentigen Herabsetzung der
Risikoversicherungssumme.

Vom versicherungstechnischen Standpunkte kann diese Kom-
bination aller Versicherungsformen nur dringend empfohlen wer-
den; sie ist mit so geringen Unkosten belastet, daß sich eine günstigere
Art von Versicherung nicht denken läßt.

Besüglich des Aufbaues der Versicherungstarife ist die Ver-
bindung von Risiko- und Sparversicherung die Hauptreform der
Volksfürsorge; eine völlige Umgestaltung des Risikoversicherungs-
systems hat die Volksfürsorge durch ihre Versicherungsbedingungen
geschaffen.

Darüber Näheres im nächsten Artikel.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Zur Frage der Ueberarbeit in der Zigarrenindustrie.
Neben anderen Gewerbeinspektionen, insbesondere der
badiſchen, stand auch die für Wien auf dem Stand-
punkt, daß Ueberarbeit nach § 138 a der Gewerbeordnung
für die Zigarrenindustrie nicht zu gewähren sei, da die
Voraussetzungen dafür nicht vorlägen. Der Ruch der
Mannheimer Handelskammer, durch eine Eingabe bei der
badiſchen Regierung gegen die Auffassung der badiſchen
Gewerbeinspektion Stellung genommen zu haben, die auch
zu einem Erfolg führte, indem die Regierung sich zu dem
Standpunkt größerer Ausbeutung der weiblichen Arbeits-
kräfte bekannte, hat den W. C. B. unter Zuhilfenahme der
Mündener Handelskammer, dessen Syndikus gleichzeitig
Geschäftsführer des W. C. B. ist, veranlaßt, ebenfalls
Sturm gegen die Praxis der Gewerbeinspektion zu laufen.
Zunächst wollte der Regierungspräsident nicht recht an-
beisßen und meinte, daß in den letzten zehn Jahren die Be-
willigungen auf Ueberarbeit sehr selten beantragt worden
seien und man möchte es mitteilen, falls sich die Verhält-
nisse in der letzten Zeit geändert haben sollten. Das ließ
sich der W. C. B. bezw. die Mündener Handelskammer nicht
zweimal sagen, und, indem sie eine Abschrift der badiſchen
Regierung überreichte, machte sie folgende neue Eingabe:

Euer Hochwohlgeboren berichten wir ergebenst, daß für das
Bedürfnis der Zigarrenindustrie eine verlängerte Arbeitszeit der
Arbeiterinnen über 16 Jahre im Ausnahmefall entsprechend § 138 a
G.-O. genehmigt zu bekommen, wesentlich neue Verhältnisse ein-
getreten sind.

Durch die Novelle zur G.-O. vom 28. Dezember 1908 ist der
Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen von elf auf zehn Stunden
herabgesetzt worden. Wenn sich auch die Zigarrenindustrie mit dieser
Maßnahme im allgemeinen ohne Schwierigkeiten abgefunden hat,
so macht sich doch der dadurch bewirkte wöchentliche Arbeitsausfall
einer Arbeiterin von sieben Stunden in der Zeit, wo eine außer-
gewöhnliche Häufung der Arbeit eintritt, nachteilig geltend. Wenn
dem Antrage auf Genehmigung der verlängerten Arbeitszeit gemäß
§ 138 a G.-O. stattgegeben wird, so wird diese ebenso fünf plus zwei
gleich sieben Stunden in der Woche weniger betragen, als sie vor
Inkrafttreten der Novelle vom 28. Dezember 1908 gemäß § 138 a
gestaltet werden konnte.

Sodann kommt in Betracht, daß durch das neue Tabaksteuer-
gesetz vom 15. Juli 1909 die Zollbelastung des Tabaks etwa ver-
doppelt worden ist. Bei den Zolltarifen unserer Handelskammer-
bezirks wurde im Rechnungsjahre 1911/12 für unbeschädigte Tabak-
blätter der alte Gewichtszoll (85 M für 100 kg) in Höhe von
3.940.000 M erhoben, der neue Wertzollzuschlag von 40 Prozent
darauf in Höhe von 3.676.223 M. Diese höhere Belastung ver-
pflichtet die in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Preise des
Tabakblatts, zwingen den Fabrikanten, den Lagerbestand nicht zu
überfüllen, sondern ihn seinem regelmäßigen Absatz angemessen zu
halten. Der Zinseszins würde sonst die Rentabilität zu sehr be-
schädigen. Bei Fortsetzung der Arbeit, wie sie meist im Herbst
eintritt, kann es außerdem vorkommen, daß die höchsten Lager-
bestände und die fortwährende Arbeit der Arbeiterinnen nicht genügen
und daß somit eine Ueberarbeit der Arbeiterinnen im bringenden
Interesse liegt.

Die gestellten und noch auf die Verhandlungen in den letzten
Wochen der Zigarrenindustrie bezüglichen Verhandlungen sind im
Anhang des W. C. B. beigefügt.

für das Jahr 1912 ergebenst hinauszusetzen, aus denen hervorgeht,
daß in anderen preussischen Regierungsbezirken — Magdeburg,
Danzig, Erfurt, Glatzbezirk — die verlängerte Arbeitszeit der Ar-
beiterinnen gemäß § 138 a G.-O. genehmigt wird.

Euer Hochwohlgeboren bitten wir daher, die frühere Ver-
fügung, daß grundsätzlich die Zigarrenindustrie von der Wohlthat
des § 138 a ausgeschlossen sein soll, aufzuheben."

Wie die Vereinigten Tabak-Zeitungen berichten, hat
der Regierungspräsident unterm 17. Mai 1913 mitgeteilt,
daß er mit Rücksicht auf die dargelegten, gegen früher ver-
änderten wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zigarren-
industrie die Gewerbeinspektion angemessen habe, An-
träge auf Ueberarbeit nach § 138a Absatz 1 der Gewerbe-
ordnung für die mit dem Sortieren beschäftigten Arbeiter-
innen in Zukunft nicht mehr in allen Fällen zurückzu-
weisen, da das Sortieren in dem Maße ungünstige
Einwirkungen auf die Gesundheit der diese Arbeit aus-
übenden Personen haben werde, wie dies bei dem eigen-
tlichen Anfertigen der Zigarren zu befürchten sei. Von der
Genehmigung an Ueberarbeit für mit der Anfertigung von
Zigarren beschäftigten Arbeiterinnen müsse aber im Hin-
blick auf ihre Gesundheit Abstand genommen werden.

Zwar handelt es sich zunächst um die Sortierung, doch
wird dem W. C. B. der Appetit beim Essen kommen; er
wird nicht locker lassen, trotzdem Tabakarbeiter aller
Branchen auch in Westfalen massenhaft arbeitslos sind und
es auch noch lange bleiben werden. Aber falls einmal das
Geschäft bei einem oder allen Fabrikanten flott geht, wenn
auch nur vorübergehend, will man doch freie Hand haben
in der Verwendung der Arbeitskraft. Die wilde Kon-
kurrenz in der Zigarrenindustrie raubt unseren Unter-
nehmern die Bestimmung und hindert jede planmäßige
Produktion in unserer Industrie.

Das Warenzeichen in der Tabakindustrie. Eine
wie große Rolle das Warenzeichen in der Tabakindustrie
spielt, zeigt die Tatsache, daß von den 29 705 Anmeldun-
gen von Warenzeichen des Jahres 1912 5440 auf die
Tabakklasse entfielen, das sind 18,4 Prozent. Eingetragen
wurden 2405 Warenzeichen für Tabakfabrikate, das sind
15 Prozent aller stattgefundenen Eintragungen in der
Tabakklasse. Demnach ist das Markenwesen in der Tabak-
industrie ganz nett im Schwange. Allerdings wird ein
großer Teil der Warenzeichen auf die Zigarettenindustrie
kommen.

Das Geschäft blüht. Die Zigarettenfabrik „Patria“,
Ganowicz & Wielinski, Aktiengesellschaft, Posen, beab-
sichtigt in einer demnächst stattfindenden Generalversamm-
lung das Aktienkapital um 900 000 M auf 3 Millionen
Mark zu erhöhen.

Internationale Tabakarbeiter-Rundschau. Nr. 2 der
Internationalen Tabakarbeiter-Rundschau ist erschienen
und bietet, wie auch Nr. 1, des Wissenswerten über die
Lage der Tabakarbeiter in den verschiedenen Ländern man-
cherlei. Selbstverständlich ist in erster Linie aus der Rund-
schau die Entwicklung der Tabakarbeitergewerkschaften im
Berichtslande zu ersehen. Der internationale Sekretär,
Kollege Deichmann, konstatiert, daß die dem Sekretariat
angeschlossenen Organisationen eine Mitgliederzahl von
50 125 in 619 Ortsvereinen haben. Die internationale
Kasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 19 697,50 M
ab und verbleibt ein Bestand von 17 284,30 M.

Von der österreichischen Tabakregie. Die öster-
reichische Tabakregie arbeitet zurzeit, wie der Generaldirek-
tor erklärt, mit einem Nutzen von 200 Prozent. Im Jahre
1912 umfaßte der Gesamtüberschuß der Regie die gewaltige
Summe von 229 Millionen Mark. Das österreichische
Tabakmonopol ist ein vollständiges. Es umfaßt Anbau,
Verarbeitung und Verschleiß des Tabaks. Der Tabakanbau
ist in Galizien und der Bukowina gestattet, wo Weizen-
tabak, etwas Zigarren- und Schnupftabak gebaut wird,
dann in Südbirrol, wo ausschließlich Schnupftabak, und in
Dalmatien, wo Zigaretten tabak gedeiht. Die Ernte
müßte zu festgesetzten Einlöschungspreisen an den Staat ab-
geliefert werden. Im ganzen gibt es im Inlande etwa
54 000 Pflanzler, an die jährlich etwa 5 Millionen Kronen
für eingelösten Tabak ausgezahlt werden; außerdem
werden in Ungarn jährlich etwa 24 000 ha mit einem Er-
trage von durchschnittlich 13 Millionen Kronen für Rech-
nung Oesterreichs bebaut. Für rund 40 Millionen Kronen
kauft die österreichische Tabakregie jährlich ausländischen
Tabak. Aus der Türkei, Brasilien, Manila, Havana,
Kuba, Nordamerika, aus Sumatra und Java wird der
Tabak teils mit den Ausschreibungen, teils im Wege
öffentlicher Konkurrenz, aber auch durch direkten Markt-
einkauf erworben. Mit der Verarbeitung der Rohstoffe
sind 30 Fabriken beschäftigt. Jährlich werden rund
1200 bis 1300 Millionen Zigarren, 6 Milliarden
Zigaretten, 250 000 Doppelzentner Rauchtabak und
11 000 Doppelzentner Schnupftabak hergestellt. Derzeit
erzeugt die österreichische Regie 39 Zigarren- und
22 Zigarettenarten, 28 Sorten Rauch- und 24 Sorten
Schnupftabak. 750 Beamte, 450 Diener und 40 000 Arbei-
ter, von denen ungefähr 86 Prozent dem weiblichen Ge-
schlecht angehören, sind im Regiebetrieb beschäftigt.

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Der Streik in der dänischen
Zigarrenindustrie ist noch nicht beendet.
Vorzug von Zigarrenarbeitern und
Zigarrensortierern nach Dänemark wird
deshalb streng gewarnt.

Spandau. Irtdümmlicherweise ist die Firma Otto
Rüdike in Spandau als tarifstreuer mit aufgeführt wor-
den. Wir bitten, diese Firma aus dem Verzeichnis für
tarifstreue Firmen zu streichen.

Lebenburg (Haben). Die Firma W. Agricola
Söhne versuchte, die Löhne der Zigarrensortierer zu ver-
schlechtern. Angehörige Verhandlungen führten zu keiner
Einigung, weshalb die Zigarrensortierer die Arbeit ein-
stellten.

Hamburg. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der
Zug nach Hamburg und Umgebung unverhalten.

Eingefandt.

Soll der Verband eine Kampforganisation oder Versicherungsanstalt sein?

Diese Frage muß man unwillkürlich stellen, nimmt man unser
Organ, den Tabak-Arbeiter, Nr. 28 vom 8. Juni d. J. zur Hand,
um die Vorschläge auf Änderung unseres Statuts zu studieren.
Da ist wieder vor allen Dingen § 3 Abs. 1 die Beitragszahlung be-
treffend, wo angeführt wird, daß Mitglieder mit einem Verdienst
von unter 18 M die Woche in der ersten oder zweiten Klasse zu führen
sind, diejenigen mit einem Verdienst von über 18 M in Klasse 3 ge-
hören; aber nun: für die Mitglieder, die die Ehre haben, über 24 M
zu verdienen, sind noch 3 Klassen reserviert. Dies erinnert an unsere
Eisenbahn, wo die Unbemitteltesten die Kosten für die höheren Klassen
aufbringen. Da sollte man doch meinen, es genüge eine Klasse mit
einer Beitragszahlung von 1,20 M. Wie anders gestalten sich nun
die Unterstufungsbeiträge? Da wird bei Bemessung der Unterstufung
mit zweierlei Maß gemessen. Daß allen Mitgliedern nur eine be-
stimmte Summe im Jahre gewährt wird, ist an sich nicht zu verwerfen,
nun kommt der Kernpunkt, und da sollte der Verbandstag
Wandel schaffen: nicht noch den Klassen 5 und 6 eine Ertragsgewährung
bis zu 48 Tagen pro Tag 1,50 bis 2 M zu gestatten. Haben die
Angehörigen dieser beiden Klassen ihre Summe nach dem Statut er-
halten, dann soll Ruhe sein, bis sie wieder ein Anrecht haben. Gleiche
Prinzip, gleiche Krappen! Würde dieses auf dem Verbandstag zu an-
genommen wie vorgeschlagen, so verliert der Verband Mitglieder,
auch zu gleicher Zeit den Kampfcharakter und sinkt dabei zu einer
Versicherungsanstalt herab. Soll aber der Verband eine Kampfes-
organisation sein und auch bleiben, wie immer betont wird, so wäre
ein Vorschlag zur Änderung angebracht. Wir schaffen die Beiträge,
wie sie eingeführt werden sollen, ab und legen dafür: der Beitrag
beträgt für Lehrlinge und weibliche Mitglieder 20 M, für männliche
Mitglieder 30 M pro Woche, welches den sogenannten Kampffonds
bildet. Für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefall und dergleichen
sind Klassen einzurichten mit einer Beitragsleistung von 15 und
25 M für Lehrlinge und weibliche Mitglieder, und 35 und 50 M für
männliche Mitglieder, aber nur für freiwillige Versicherung, denn
dadurch denke ich, würde der Verband mehr Mitglieder gewinnen als
wie heute, wo einem bei der Agitation vorgehalten wird, die Beiträge
sind zu hoch. Da kann sich denn jeder, der nicht bloß in der Kampfes-
organisation sein will, freiwillig gegen sonstige Schäden sichern, ganz
nach seinem Verdienst. Es werden ja jedenfalls allerhand Ein-
wendungen erfolgen, aber vom richtigen Standpunkt aus die Sache
betrachtet, muß man sich fragen, wie können wir unseren Kollegen
und Kolleginnen helfen, die auf Grund ihres geringen Verdienstes
nicht in der Lage sind, diese Beiträge zu entrichten? Demnach müßte
man in der Weise entgegenkommen, daß man ihnen dieselben Unter-
stützungen anbietet, die bei niedriger Beitragszahlung, als jenen,
die auf Grund ihres höheren Einkommens auch höhere Beiträge zah-
len können. Diese Kollegen bestreite zu schließen, hieße sich verdingen
an der ganzen Industrie. Darum hinweg mit den staatsrechtlichen
Unterstützungen, und eine einheitliche Norm eingeführt! Dann
würde erst der Idealismus sich Bahn brechen und sich in dem einen
Satz verkörpern: Einer für alle und alle für einen!

Chemnitz.

Curt Zwickert.

Eingefandt.

Zum Verbandstag.

Nachdem der Vorstand den Verbandstag einberufen und seine
Anträge veröffentlicht hat, erscheint es mir notwendig, einige Worte
darüber zu verlieren. Auch unsere Mitgliederversammlung hat
Stellung zum Verbandstag genommen. Die anwesenden Mitglieder
haben sich von der Notwendigkeit einer gründlichen Reorganisation
des gesamten Unterstufungswezens überzeugen lassen. Das Referat
bewies aber auch, daß das schon längst der Fall war, daß man nur,
um die Verschmelzung zustande zu bringen, eigentlich zu weit ge-
gangen ist. Jedenfalls hat aber die wirtschaftliche Krise die Ver-
rechnungen vollständig über den Haufen geworfen. Wenn ich nun
anerkenne, daß es notwendig ist, eine gründliche Umgestaltung der
Unterstützungsbedingungen vorzunehmen, so möchte ich doch vor
allem das Dreifache warnen. Ich meine, der zweite Antrag
des Vorstandes ist für uns unannehmbar. Zum mindesten ist es
eine schwere Aufgabe für die Eintausender, die Kollegen davon zu
überzeugen, daß neben einer ganz enormen Herabsetzung der Bei-
tragsleistungen die Erhöhung der Beiträge in der vom Vorstande bean-
tragten Weise notwendig ist. Wohl gebe ich zu, daß wir zur Ver-
besserung unserer traurigen wirtschaftlichen Lage Kämpfe führen
müssen, halte dies sogar recht bald für unbedingt notwendig, weiß
auch, daß Kämpfe große Summen kosten, meine aber, daß wir nicht
zuletzt bei eventuellen Kämpfen auch organisierte Massen brauchen,
die wir aber durch Beitragsaufhebungen nach Art Antrag 2 des Vor-
standes erst davorzuzugewinnen werden. Der Metallarbeiterverband hat
zweifellos eingesehen, daß ein hoher Beitrag hemmend auf die Aus-
breitung der Organisation wirkt, und wird durch Einführung von
Staffeln auch den Minderbemittelten die Möglichkeit geben, sich zu
organisieren. Wenn wir nun in einer Zeit, in welcher fast alle
Verbände bei Einführung von Beitragsaufhebungen ihren Mitgliedern
mindestens verbesserte Leistungen bieten, die Leistungen herabsetzen,
so meine ich, müßte der Vorstand zum mindesten erst einmal her-
suchen, mit einem herab abgeänderten Statut auszukommen. Mo-
nachs mal der Erwerbserlöse unter Führung und Leitung
wir im ureigensten Interesse unseres Verbandes die Beitrags-
erhöhung ab.

Döbeln.

H. Dehmigen.

Eingefandt.

Neudamm kontra Frankfurt a. d. O.

Endlich ist es der Redaktion des Tabak-Arbeiter hoch, wie es
scheint, zu bunt, für die vielen persönlichen Gefälligkeiten der Kol-
legen verschiedener Zahlstellen die weitere Benutzung des Tabak-
Arbeiter zu gestatten. Ich als Redakteur unseres Verbandesorgans
hätte schon lange solch Geschreibsel, wie es zuletzt von Neudamm und
Frankfurt a. d. O. im Tabak-Arbeiter zu finden war, einfach in den
Papierkorb, woher sie eigentlich gehören, wandern lassen, anstatt die
Druckschwärze zu verguden. Daß derartige Redaktionen nicht von
Nutzen sind, ist sonnenklar, sie sind nur Wasser auf der Mühle für
diejenigen, welche überhaupt vom Verband nichts wissen wollen,
indem sie sagen: „Ja, ja, das sind organisierte Tabakarbeiter! So
mühen und mühen sie sich ab!“ Besser ist es für die Neudammer
und Frankfurter Kollegen, wenn sie eine Sache nicht sachlich zu
behandeln imstande sind, es brieflich miteinander abzumachen, oder
aber auf eine andere Art und Weise ihre Geschäfte auszufragen.
Wie viel ist doch schon im Tabak-Arbeiter über den vielumstrittenen
§ 9 geschrieben worden! Ich glaube, doch behaupten zu können,
daß der kommende Verbandstag in Heidelberg seine Pflicht und
Schuldigkeit tun wird. Darum, ihr Neudammer und Frankfurter
Kollegen! Nur schon sachlich; denn das weiß doch jeder: Nur die
Kasse kann es machen!

Dresden.

B. Galle.

Anmerkung der Redaktion. Es ist ja sehr nett, wenn der Kol-
lege G. der Redaktion zuvorkommend unter die Arme greift, aber
sachliches Material zu den strittigen Fragen liefert auch er nicht
und hätte nach seinem Rat eigentlich keine Einmündung in den
Papierkorb wandern müssen. Doch da er zum Schluss Ruhe als die
erste Bürgerpflicht empfiehlt, haben wir seiner Einmündung Raum
gegeben, um gleichzeitig auch zu erklären, daß sachliche Auseinander-
setzungen, auch wenn sie einmal von leidenschaftlichen Urtheil
getragen sind, dem Verbandsrat immer nützen; auch dann, wenn die ver-
teilene Auffassung im Augenblick nicht von einer Mehrheit geteilt
wird. Der geistlichen Entwicklung unseres Verbandes kann nur
förderlich sein, wenn alle Mitglieder sich um das Vorwärtsschreiten
bemühen. Wohl darf man voraussetzen, daß ein Verbandstag seine
Pflicht und Schuldigkeit tun wird, doch alle Pflicht und Schuldigkeit
eines Verbandstages kann wenig nützen, wenn die Mitglieder nicht
leibhaftig Anteil an dem Geschehe des Verbandes nehmen.

daß in dieser Branche immer stärker mit einem ausnahmslos organisierten Großfabrikantentum gerechnet werden muß, von dem Verbandstage zu Heidelberg, der größere finanzielle Mittel zu Kampfwaffen dem Verbande zur Verfügung gestellt werden. Die Versammlung erwartet daher von den zu wählenden Delegierten der Zigarettenarbeitersektionen, daß sie in diesem Sinne auf dem Verbandstage ihre Stimme abgeben werden. Als Kandidaten für die Delegiertenwahl wurden Frau Stolz, Frau Paulack, Rich. Fleint und Bernhart Wiedrich aufgestellt. Außer dem schon erwähnten Antrage betr. Nichterhöhung der Beiträge in Klasse 2 wurde noch ein Antrag auf Veränderung des § 8 des Wahlreglements dahin, daß nicht der ganze Gau gemeinsam wählt, sondern Wahlkreise von 4-800 Mitgliedern gebildet werden — auch entsprechend für die Sektionen. — angenommen.

Bremen. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Anträge zum Verbandstage; 2. Aufstellung von Kandidaten; 3. Verschiedenes. Zuerst werden die beiden verstorbenen Kollegen Edmann und Propfen in stichtischer Weise geehrt. Wegen schonigen Besuch werden die ersten beiden Punkte zurückgestellt. Gauleiter Gadelberg legt in einem anerkennend-kritischen Vortrag die Beweggründe unseres Vorstandes zu den von ihm vorgeschlagenen Änderungen des Statuts auseinander, und bittet, am Schlusse seines Vortrags, den Änderungen zuzustimmen. Die hierauf sich entspannende, sehr erregte Debatte, an der sich die Kollegen Zimmer II, Böning II, Behrum, G. Liebertsch, Meyer und F. Becker beteiligten, führt zu der allgemeinen Ansicht, daß die Vorschläge des Vorstandes wegen seiner enormen Beschneidung der Unterstützungssätze für die Mitglieder unannehmbar wären. Es werden hierauf drei Anträge, welche in der gedruckten Vorlage zum Verbandstage Aufnahme finden, angenommen. Vorgelegten zu Verbandstagskandidaten wurden: G. Liebertsch, E. Hagel, D. Bornmann und A. Meier. Die Wahl ergab, daß die Kollegen G. Liebertsch, Zigarettenarbeiter, und D. Bornmann, Sor'ierer, als Verbandstagskandidaten vorgeschlagen, und somit den anderen Kandidaten auch empfohlen werden. Sodann werden noch von drei Kollegen Beschwerden betreffs Umzugs-, Nachschuß- und Arbeitslosenunterstützung vorgebracht. Die Betroffenen werden unter Zustimmung der Versammlung aufgefordert, ihre Beschwerden bei dem Verbandstage vorzutragen. Hierauf erhebt Gauleiter Gadelberg das Schlußwort. Er ermahnt die Anwesenden, wenn die Anträge auch verschoben wären, zur Einigkeit und Treue zum Verband. Hierauf Schluß. Anwesend waren 41 Mitglieder.

Deuben. Die Sektion der Zigarettenarbeiter hielt zwei Versammlungen in Niederhäslich und Gittersee ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Welche Forderungen haben die Zigarettenarbeiter an den nächsten Verbandstag zu stellen? 2. Aufstellung von Kandidaten. 3. Anträge. 4. Branchenangelegenheiten. In Niederhäslich referierte Kollege Spengler. Nebner führte den An-

wesenden die Gründe an, welche den Hauptvorstand veranlaßt haben, die außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Nebner geht dann auf den Entwurf ein und zeigt den Unterschied zwischen der Erwerbslosenunterstützung und dem schlagigen Statut. Wenn wir wirklich den Kampfcharakter unserer Organisation immer mehr in den Vordergrund stellen wollen, so müssen wir auch größere Kapitalien ansammeln und uns nicht bei großen Kämpfen auf den Opfermut anderer Organisationen verlassen. Die weisfällige Ausprägung hat uns in dieser Beziehung genug gelehrt. Auch in der Zigarettenindustrie sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht so, daß sie nicht verbesserungsbedürftig sind. Dieses hat auch die Lohnbewegung gezeigt, daß die Zigarettenarbeiter mit ihren Verhältnissen nicht einverstanden sind. Nebner geht dann auch noch auf die Beitragsklassen ein, die der Entwurf vorschlägt und erklärt denselben. Zum Schluß seiner Ausführungen fordert er die Anwesenden auf, sich hier zu äußern, ob sie mit dem Entwurf einverstanden sind, und nicht erst in den Fabriken ihren eventuellen Unwillen kundzugeben. In der Debatte sprach Kollege Barchmann im Sinne Spenglers und führte noch besonders die Statuten der Fabrikarbeiter an. Er empfahl, den Entwurf in seiner jetzigen Fassung anzunehmen. Bei Punkt 2. Anträge, erläuterte Kollege Spengler das Wahlreglement. Er führte an, daß man sich wohl bei der Einführung nicht überlegt hätte, daß dieses Wahlsystem gerade die kleinen Drie ohne Vertretung lasse. Von Anträgen könne man aber absehen, da noch genügend kommen werden. Mit diesen Ausführungen erklärte man sich einverstanden. Kollege Barchmann erklärte, daß auch er sich nicht bewußt war bei der Abstimmung, und dieses ganz wahrscheinlich auch vielen anderen Delegierten so gegangen sei, sonst hätte das Wahlreglement eine andere Fassung bekommen. Bei Vorschlägen für Kandidaten wurde Kollege Zimmermann und Kollege Spengler vorgeschlagen. Kollege Spengler erklärte darauf, daß er doch von einer Kandidatur absehen müsse. Der Grund hierfür sei die Auffassung bei verschiedenen Kollegen, daß ein Zigarettenmacher nicht bei den Zigarettenarbeitern gewählt werden könne. In diesem Sinne kann es nicht verstanden werden, daß ein Zigarettenmacher nicht gewählt werden dürfte, da wir doch eine Organisation seien. Der Vorstehende erklärt, daß wir über diese Angelegenheit beim Hauptvorstand anfragen werden. Diesem wird zugestimmt. Kollege Spengler erläuterte noch die Aufgaben, die sich die Volkshilfe gestellt hat. Er empfiehlt, dieses Unternehmen zu unterstützen und sich nicht noch in den kapitalistischen Unternehmungen zu beschäftigen.

In Gittersee referierte Gauleiter Wenzel über dasselbe Thema. Nebner zeigte an Beispielen anderer Berufe, daß unsere Organisation viel zu viel an Unternehmungen ausahle. Dieser Zustand müsse aber beseitigt werden. In der Debatte sprachen die Kollegen Spengler und Barchmann für den Entwurf, indem auch sie den Kampfcharakter unserer Organisation mehr gehoben wünschten. Beim Punkt Vorschläge empfahl Kollege Preisler, doch von einer Kandidatenaufstellung Abstand zu nehmen und dieses Dresden

zu überlassen. Kollege Spengler weist darauf hin, daß wir heute von einer Aufstellung nicht mehr Abstand nehmen könnten. Er für seine Person wolle bei den Zigarettenarbeitern nicht kandidieren. Ein Vorschlag würde auch für die Sektion genügen. Ferner empfiehlt Nebner, daß man nur solche Personen wählen solle, die auch ihre Meinung zum Ausdruck bringen könnten, und nicht Leute, die dort erst lernen sollen, dazu sei der Verbandstag zu wichtig. Hierzu stellt Kollege Barchmann den Antrag, die Krankenunterstützung so zu belassen, wie sie ist, und für die ersten zwei Klassen keine Beitragserhöhung einzutreten zu lassen. Kollege Spengler empfiehlt, den Antrag nicht anzunehmen, sonst müßten wir gerechterweise auch für sämtliche Klassen von einer Beitragserhöhung absehen. Gauleiter Wenzel schließt sich den Ausführungen an und ersucht, von Anträgen Abstand zu nehmen. Zum Schluß werden die Kollegen ersucht, auch für die Wahlen tüchtig Propaganda zu machen.

Pfungstadt. Am 14. Juni tagte eine Mitgliederversammlung bei Paul Weigel. Es wurde Stellung zum Verbandstag genommen. Kollege Klöpffinger konnte, da er ein Exemplar des neuen Jahresberichtes in Händen hatte, uns einiges über den Stand des Verbandes erläutern. Wir konnten aber nicht direkte Anträge und Ratsschlüsse feststellen, da die Mehrzahl der Kollegen sich, ohne den letzten Jahresbericht in Händen zu haben, keine Vorstellung machen können, wie die Verhältnisse im Verbande liegen. Da der Vorstand beantragt, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen, mit einer zu beziehenden Höchstsumme und auch die Umzugsunterstützung in diese zu beziehende Höchstsumme mitzurechnen will, beantragen wir: Die Umzugsunterstützung ist nicht mit in die geplante Erwerbslosenunterstützung einzurechnen. Es würden dann in größter Not befindliche Kollegen den Schicksal preisgegeben werden. Als Kandidat zur Delegiertenwahl zum Verbandstag im 7. Gau schlagen wir Kollegen Ludwig Klöpffinger, Pfungstadt, vor. Es folgte dann noch der Parteibericht von Klöpffinger; es sei dort behandelt worden die letzte Waffeler und die Kartellkonferenz in Offenbach, wo die Krankenkassenverhältnisse ab 1914 und die neugegründete „Volkshilfe“ erläutert worden seien. Einige örtliche Sachen und Einladungen zu Festlichkeiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

In mehrere Einfender. Einige Eingekaufte und Berichte mußten für die nächste Nummer zurückbleiben.

Kollegen, agitiert für den Verband!

LISTE ÜBER GEBRAUCHTE WICKELFORMEN

204

ERHALTEN SIE KOSTENLOS DURCH **L. COHN & CO. BERLIN 24 BRUNNENSTR. 24**

Rohtabak.
Nur gutbrennende Tabake
Sumatra-Decker, hell, 2. u. 3. Länge, 360, 400, mittel 190, 210, 230, 240, 250, dunkel 270, alles Kollbl., -Umblatt 165, 180, Vorsternland-Decker, hell 280, dunkel Brasil-Ertrag 180, 220, 230, Umblatt 165, 180, Java-Umblatt 120, 140, 150, 160, -Einlage u. Umblatt 115, 120, 125, 130, Borneo-Decker, hell 240, 250, Carmen - Einlage u. Umblatt 110, 125, Domingo - Einlage u. Umblatt 110, 125, Seedeckel-Umblatt 130, 140, A. Mexiko - Decker 300, 310, Brasil-Decker 220, 230, 240, 250, -Einlagen u. Umblatt 140, 150, 160, A. Brasil - u. Havanablätter 140, A. Havana - Einlage, -Umblatt u. -Decker 230, A. mit tadellosem Brand. Losgut, bestehend aus Java-, Domingo-, Brasil-, Havana-, Carmen-, Seedeckel-Blättern 110, Original 110, 120, A. Sumatra- und Java-Blätter 130, A.
— Versand nur gegen Nachnahme. —

• Käse •
Holsteiner Holländer Käse
billiges, nahrhaftes Lebensmittel bei den teuren Zeiten (kein Kunstprodukt, sondern reine Naturware) liefert in Broden von 5 Pfund zu Mk. 3.85 ab hier.
Schweine-Kleinfleisch
(Rippchen, Kopfstücke, Schnauzen, Ohren, fleischige Beine) seit 10 Jahren über ganz Deutschland eingeführt.
10 Pfd. Postkoll Mk. 2.65, Kibel mit 25 und 50 Pfd. Inhalt per Pfd. nur 28 Pfg.
9 Pfd. Thüringer Rotwurst Mk. 5.85
9 Pfd. Landleberwurst Mk. 5.85
9 Pfd. geräuch. Rippenspeck Mk. 8.25
9 Pfd. reines Schweineschmalz Mk. 6.85
9 Pfd. Enter-Rauchfleisch ohne Abfall Mk. 4.05
9 Pfd. geräuch. dicke Schweinsbacken Mk. 6.95.
Alles ab hier. Nachnahme.
Heinrich Krogmann
Nortorf I. H. Nr. 263.

W. Hermann Müller
Berlin, Magazinstr. 14.

Besonders preiswertes Angebot!

Vorstenlanden - Kehrdecker

hellgraue Farben, schneeweisser sicherer Brand
Djiwo Mk. 2.25 pro Pfund
Troetjoek Mk. 2.15 pro Pfund

Ferner empfehle.

Gebrauchte Formen

in sehr vorteilhaften Fassons je nach Ausfall von Mk. 0.40 per Stück an Bemusterte Offerte sofort :: gratis und franko ::

Für Künftigen Winterzimmer u. Verkaufslager in Hamburg:
S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

Hermeking & Boy
Berlin N., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl, mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Länge à 250 bis 500, hell ff. 600, A.
Vorsternland - Decke, dunkel, besser Mexiko-Ertrag, à 260, A., helle Rehrdecke à 300-400, A.
Java-Einlagen à 110-125, A.
Java-Arbeiter à 130-145, A.
Java-Umblatt à 150-190, A.
Mexiko-Decke ff. 450, A.
Brasil à 150-190, Decke à 350, A.
Havana à 350, A., Cuba à 200, A.
Domingo à 120-170, A.
Carmen à 120-155, A.
Uckermarker Ia. à 105, A.
Losgut Blattware, à 105, A. m. Deckblatt-Ramponagen à 125, A.
Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene. Schiffchen-Abdrücke gratis und franko.
zu 12 Sorten, oben u. unten beschraubt. Goldfuß- u. Goldbrunnenplatte in sehr starker Ausführung, leichte Träger, 10. M. sonst 11. M. nur..... 10. M.
Presskasten, Bündelböcke, Rollbretter, Arbeitsmesser, Lack, Papier, Band, Ringe, Etiketten, Gummi-Tragant.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe. Zabatpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto. Verlangen Sie Preisverzeichnis.

H. Edling
Bremen, Fernspr. 5482
— anerkannt reelle, billige —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake

Sumatra - Decker (schneeweißer Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500, A.
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140, 150, 160, 170, A., Stückblatt 130, 140, 160, A.
Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350, A., (mittel) 200, 220, 240, 250, A.
Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170, 115, A.
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115, A.
Vorsternland-Decker 180, 200, 220, 240, 280, 270, 300, 320, 350, A.
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240, A.
Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170, A.
Geschnittene Einlage 110, A.
Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, offerfeinstes Umblatt 140, A.
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130, A.
Seedeckel 110, 120, A.
Losgut (Blattig) 95, 100, A.
Original-Mischung 105, 110, 120, A.
Havana 150, 200, 250, 300, 400, A.
Decker 650, A.
Yara-Cuba (sauer) 180, 200, 250, A.

H. Hüsemann • Bremen
Rohtabakhandlung
Hofstr. 105. Telefon 2880.
Bormann & Speidt
Rohtabak • Bremen
empfehlen in hervorragenden Qualitäten und sehr preiswert:
Sumatra-Decker, 2. Länge Kollblatt, mittelfarb und von großer Deckkraft, Pfd. 2.40 M., hellfarbig und leicht, sehr fein, Pfd. 2.80 M.
Vorsternland-Decker, hellfarbig, sehr leicht, Pfd. 2.90 M.
Felix-Decker, das Feinste in Brand u. Aroma, Pfd. 2.60 u. 2.95 M.
Als Ersatz für Brasil-Decker allerfeinstes dunkle Vorsternland-Decke größte Deckkraft, Pfd. 1.90 M.
Carmen-Umblatt Ia. Ia., das Beste, was es hier gibt, großes, volles, zartes Blatt, Pfd. 1.60 M.
Domingo-Umblatt, sehr zu empfehlen, Pfd. 1.45 M.
Domingo-Umblatt und -Einlage, trocken und leicht, Pfd. 1.15 M.
Java-Umblatt beste Qualität, großes volles Blatt, Pfd. 1.40 M.
Java-Einlage, sehr blattig u. fein, Pfd. 1.15, 1.25 M.
Havana-Vuelta Pfd. 3.10, 3.75 M.
Yara-Cuba (sauer) Pfd. 2.50, 2.70, 2.90 M.
Brasil-Umblatt und -Einlage, sehr fein im Geschmack, Pfd. 1.50 M.
Losgut Ia. Ia., Original-Mischung 1.10, 1.15, 1.20 M.
Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt, einschließlich Wertzoll. Versand nur gegen Nachnahme.

Preiswerte Tabake.
Sumatra-Decker, 3. Länge Kollblatt, mittelfarb, 190, A.
Sumatra-Decker, 2. Länge Kollblatt, mittelfarb, 230, A.
Sumatra-Decker, 1. Länge hell, 450, A.
Vorsternland - Decker, hell, 290 und 360, A.
Java-Umblatt, Bezockl, 140, A.
Java-Einlage 85, A.
Felix-Decker PP, Cruz das Almas, 200 und 220, A.
Felix-Einlage, gestreckte Blätter, 140, A.
Domingo FF, großes zartes Blatt, 125, A.
Domingo f. Umblatt, 105, A.
Domingo B. blattiger Arbeiter, 95 und 100, A.
Carmen, großes Umblatt, beste Ware, 135, A.
Carmen-Umblatt, Ia. Ware, 120, A.
Carmen-Arbeiter, 110, A.
Carmen-Einlage, 100, A.
Havana-Vuelta, Einlage mit Aufleger 200, A.
Havana-Einlage, saure Suelta in Malotta 160, A.
Mexiko-Decker, tadelloser Brand, 290, A.
Losgut, rein amerikanisch, beste Ware, 95, A.
Preise pr. 1/2 kg verzollt inkl. Wertzoll.
Versand nur gegen Nachnahme.
P. Zimmer, Bremen
Bismarckstrasse.

gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95, A., bei Abnahme von 100 Pfund 90, — M. Franks Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 Zigarren. Ill. Preisliste gratis und franko. Versand nur unter Nachnahme. [13]

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Bestes Rohtabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.



Rohtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
Altona - Ottensen
Filiale Berlin N.,
Brunnenstraße 25. [25]

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Jacob Hirsch jr.
Mannheim B 1, 9. [10]
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.

langen. Ganz besonders hat die Tabakarbeiterchaft alle Urkräfte, das Geschick im Auge zu behalten, das gerade die Hausarbeit ge-
sundheitlich und wirtschaftlich schwer gefährdet ist. Die Hausarbeit
ist durch ihre Lohnrückläufigkeit Tendenz für sie zum Fluche geworden.
Es müssen daher besondere Vorkehrungen zum Hausarbeiterschutz für
die Tabakarbeiterchaft getroffen werden. Mit einer ersten Maßnahme an
die Hausarbeiter und -arbeiterinnen, endlich einmal den Weg zur
Organisation zu finden, schloß Kollege K r i m m e seinen interessanten
Vortrag. Eine Aussprache darüber wurde nicht beliebt, weshalb nach
Erledigung einiger interner Angelegenheiten Schluß der Versamm-
lung erfolgte.

NB. Es muß endlich einmal an dieser Stelle konstatiert werden,
daß es geradezu eine Schande ist, wie unsere Versammlungen besucht
werden. Das gilt ganz besonders für die männlichen Arbeiter der
Firma G. Schmidt, welche regelmäßig, mit wenigen Ausnahmen,
durch Abwesenheit glänzen. Dabei sind ihre Lohn- und Arbeits-
verhältnisse derartige, daß es sie geradezu in die Versammlungen
drängen müßte. Interesslos und gleichgültig gegen alles, was um sie
herum vorgeht, frönen sie Woche für Woche für Löhne, wie sie glück-
licherweise selbst in der Tabakindustrie nicht oft vorkommen. Die
Verhältnisse scheinen jämmerlich nach Abhilfe. Nichts von alledem. Es
scheint fast, als wenn diese Arbeiter alle Hoffnung aufgegeben haben,
einmal in bessere Verhältnisse zu kommen. Das Bewußtsein, daß sie
im Grunde genommen durch ihre Gleichgültigkeit selbst schuld sind
an ihrer traurigen Lage, scheint ihnen gar nicht zu kommen und durch
nichts sind sie zu bewegen, in die Versammlung zu kommen. Da
nun aber doch noch ein ganzer Teil Kollegen und Kolleginnen da sind,
die gern andere Verhältnisse schaffen möchten, so sind wir gezwungen,
die betr. Kollegen auf das höchste ihres bisherigen Verhaltens auf-
merksam zu machen, bzw. sie darüber aufzuklären, daß durch Einigkeit
und Zusammenhalt doch noch etwas erreicht werden kann. Das
kann nur in den Versammlungen geschehen. Es muß daher unsere
nächste Aufgabe sein, dieser Versammlungsschwächerei einmal en-
gisch zuleibe zu gehen. Die Ortsverwaltung wird deshalb in der
nächsten Monatsversammlung (21. Juni) einen Antrag einbringen,
welcher verlangt, daß jedes männliche Mitglied verpflichtet ist, vier-
zehntägig wenigstens einmal in der Versammlung zu erscheinen, andern-
falls es in Strafe genommen wird, welche der Lokalfasse zufällt. Wir
zweifeln nicht, daß dieser Antrag auf der einen Seite Sturm herauf-
beschwört wird, auf der anderen Seite aber sind wir auch überzeugt,
daß die einseitigen und gewerkschaftlich geschulten Kollegen unserer
Anträge zustimmen werden. Für die Sortiereraktion am Orte be-
steht bereits ein beratiger Beschluß. Wir ersuchen also die Kollegen
und Kolleginnen, ganz besonders aber die, welche mit unserem Antrag
nicht einverstanden sind — das können nur die wortsicheren Döb-
elberger sein — am 21. Juni in der Versammlung zu erscheinen, wo
werden ihnen dort Rede und Antwort stehen und ihnen beweisen, daß
unser Antrag eine Notwendigkeit ist; er bezweckt eine Bekämpfung des
Verbandsinteresses und aller damit verbundenen Fragen, liegt also im
Interesse aller Kollegen.

Wernigerode. Am 26. Mai fand unsere Mitgliederversammlung
mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufstellung eines Kandidaten
zum Verbandstag; 2. Kartellbericht; 3. Bericht der Volksgarten-
kommission; 4. Verschiedenes. Zum Kandidaten zum Verbandstag
wurde der Kollege Ferdinand S a l z w e d e l gewählt. In der Dis-
kussion über den Kartellbericht riengte der Kollege K r i m m e die
schwache Beteiligung der hiesigen Tabakarbeiter an der Maifeier,
ebenso am Matmarkenverkauf. Sodann gab Kollege P o r a d i den
Bericht der Volksgartenkommission. Unter Verschiedenem sprach sich
die Versammlung über das Verhalten einiger Kollegen sehr miß-
billigend aus, da diese bis zur letzten Woche ihre Unterstützung be-
zogen, jetzt aber dem Verbandsrat die Rücken gekehrt haben. Abschluß
wurde eine Kaffeepartie beschlossen.

Döbeln. Am 7. Juni fand hier eine Sektionsversammlung der
Sortierer statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Ver-
sammlung das verstorbene Mitglied Ernst Richter in üblicher Weise.
Die Versammlung war schwach besucht, trotz der wichtigen Tages-
ordnung. Es ist dies bedauerlich, und muß man fragen, ob denn
überhaupt noch Interesse für den Verband bei den Döbeler Kollegen
vorhanden ist. Man nimmt doch an, daß bei 44 Mitgliedern wenig-
stens die Hälfte stets anwesend sein könnte; aber leider sieht man
nur immer dieselben Personen. Man hubdigt mehr dem Klubbin,
als daß man die Augen offenhält und sich den Arbeiterinteressen
widmet. Nur letzteres kann von Nutzen für die Allgemeinheit sein.
Gerade hier in Döbeln wäre eine größere Disziplin angebracht. 3. V.
hat man wohl einen Arbeitsnachweis geschaffen, aber man könnte
zuht sagen: auf dem Papier. Denn in Wirklichkeit wird derselbe
wie aus dem letzten Artikel zu ersehen war, seitens der Kollegen nicht
mehr kritisch durchgesehen. Was nützt dann alle unsere Arbeit, wenn
der Arbeitsnachweis fortgesetzt umgangen wird! Unter diesen Ver-
hältnissen ist es ausgeschlossen, einen festen und sicheren Arbeitsnach-
weis zu führen. Die Versammlung hat hierüber lebhaft diskutiert
und den Bunch ausgeprochen, mehr als bisher bei Umgehung des
Nachweises die betreffenden Kollegen mit Strafe zu belegen. Es soll
uns gar nicht stören, wenn dann der eine oder andere der Kollegen,
die nicht mehr Interesse und Disziplin dem Verbandsrat gegenüber
mehrten, abspringt. Auf Antrag wurde verschiedenen Kollegen wegen
ihres Verhaltens zum Nachweis eine Klage erteilt. Des weiteren
machte sich die Wahl eines 2. Vorsitzenden notwendig; als solcher
wurde Kollege H u n g e r gewählt. Nächstens wird eine Vorstand-
sitzung stattfinden, welche sich mit der Statutenänderung in der
Lokalfasse befassen wird. Ferner gibt der Vorsitzende bekannt, daß
zum Verbandstag in Heidelberg die Sektion einen Kandidaten auf-
stellen wird. Auf Vorschlag wurde Kollege F a n k a einstimmig
aufgestellt. Die kommende Versammlung wird sich mit Anträgen
zum Verbandstag zu befassen haben, insbesondere damit, inwiefern
die Kollegen sich mit den Anträgen des Verbandsvorstandes und Aus-
schusses einverstanden erklären.

Bünde. Mitgliederversammlung vom 7. Juni. Tagesordnung:
1. Kartellbericht; 2. Regelung des Vertrauensmännersystems; 3. Stel-
lungnahme zum Verbandstag; 4. Statutenberatung und Anträge;
b) Aufstellung der Delegierten; a) Verschiedenes. Kollege K r i m m e
gab den Kartellbericht; ein Antrag, die Kartellfunktionen abwechselnd
bei Mübel und Freese abzuhalten, wurde abgelehnt. Das Gewer-
schaftsfest sei vom Amtmann zu Ermitteln, wie in den Vorjahren,
nicht genehmigt worden. Dann habe das Kartell noch einen Antrag
bez. Organisation der Landarbeiter beraten. Ein Antrag, sich in
einer öffentlichen Versammlung mit den Vertretern wählen zu den
Ortskrankenkassen zu beschäftigen, wurde angenommen. Die Ab-
sicht der Gauleitung des Tabakarbeiter-Verbandes forbert auf, mehr darauf
hinguzwirken, daß die Konsumvereine und Gewerkschaftshäuser nur
unter tariflichen Verhältnissen hergestellte Zigaretten führen. Schließ-
lich wurde noch im Kartell beschlossen, im kommenden Winter sechs
Vortragsabende mit dem Thema: Die Entwicklungsgeschichte der
Erde, zu veranstalten. Bei dem Punkt Statutenberatung wurde eine
Kommission eingesetzt, die die Vorschläge des Vorstandes beraten soll
und notwendige Änderungsanträge der nächsten Mitgliederversamm-
lung vorzulegen hat. Kollege M e n k e wurde einstimmig für die
Zahlstelle Bünde als Delegierter zum Verbandstag vorgeschlagen.
Ferner wurde beschlossen, zur Delegiertenwahl 4 Wahlbezirke zu
bilden; Bezirk 1 wählt bei Weller, am Brumm, Bezirk 2 bei S.
Timmer, Feldmark, Bezirk 3 bei Wm. Mübel, Bezirk 4 bei Gastwirt
Begehrt, Ermitteln. Die Sektion der Sortierer hat Kollege Heine
Wöter aufgestellt. Als Wahllokale für die Sortierer sind Weller und
Mübel bestimmt. Die Sortierer haben nur einen Kollegen zu wählen,
während die Tabakarbeiter 13 zu wählen haben. Zum Schluß wurde
noch vom Vorsitzenden Kollegen S c h i r m e i e r auf die Notwendig-
keit, sich an den Wahlen zu beteiligen, hingewiesen.

Verbandsteil.
Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Finkenstraße 58/60, II
(Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 8046.
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau
des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Finkenstraße 58/60, II
(Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

**Geld-, Einschreib- und Versendungen nur an W. Nieber-
Wellaud, Bremen, Finkenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus),
Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-
handels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg.
Postfachkonto Nr. 5349 beim Postkasten in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn,
Bremen, Finkenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32,
zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav
Mendorf, Bremen, Finkenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus),
Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuß bestimmte Aufschriften sind an Emil Ellen,
Altona-Ottensen, Hohenfels 3, zu adressieren.**

Bekanntmachungen.
Uebertritte.
Mitglieder anderer Verbände und solche, die vom Auslande
zureisen und in den „Deutschen Tabakarbeiter-Verband“ übertritten
wollen, werden nur dann übernommen, wenn sich die zum Uebertritt
Gemeldeten bei ihrer Organisation, der sie bis dahin angehört,
abgemeldet haben. Die Abmeldung muß im Mitgliedsbuch be-
siegelt werden.
Die Gauleiter und Bevollmächtigten haben die sich zum Ueber-
tritt Meldenden darauf aufmerksam zu machen.
Es ist wiederholt vorgekommen, daß Uebertritte von Bevoll-
mächtigten vollzogen worden sind. Das ist unzulässig. Es wird
deswegen erneut in Erinnerung gebracht, daß Uebertritte nur vom
Vorstande vollzogen werden können. Alle diesbezüglichen Mitglieds-
bücher oder Legitimationen sind zwecks Prüfung einzusenden.
Die Gauleiter wollen die Bevollmächtigten hierauf besonders
hinweisen.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.
Wiederholt ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, in
welcher unpräzisen Weise Kollegen mit ihren Wanderkarten um-
gehen. Häufig werden Wanderkarten als verloren gemeldet, die sich
nachher in ganz unbefugten Händen befinden.
Beim Abheben von Unterzeichnungen wird den Bevollmächtigten
dringend empfohlen, von Personen, die nicht persönlich bekannt sind,
neben der Verbandslegitimation, Buch oder Wanderkarte, sich auch
die Invalidentkarte oder eine andere Legitimation zeigen zu lassen.

Zur Beachtung!
In letzter Zeit sind dies öfteren die Fragen an uns gerichtet
worden, unter welchen Voraussetzungen den Mitgliedern des Ver-
bandes Fahrgehalt und Unzulagsunterstützung gezahlt werden kann.
Wie halten es diesbezüglich für ratsam, die diesbezüglichen Bestim-
mungen erneut bekannt zu geben. Diese lauten:
„Mitglieder, die Anspruch auf Fahrgehalt oder Unzulagsunter-
stützung erheben, haben der zuständigen Verwaltung den Nachweis
basir zu erbringen, daß die von ihnen angestammte Arbeit als
unannehmbar zu betrachten ist. Als Beweis für die Unannehmbarkeit
der Arbeit kann nur angesehen werden eine Bescheinigung des Be-
vollmächtigten des neuen Wohnortes oder eine solche des zuständigen
Arbeitsnachweises.“
„Mitglieder, die Fahrgehalt erheben wollen, haben außerdem
den Nachweis basir zu erbringen, daß sie ohne eigenes Verschulden
aus der Arbeit entlassen wurden.“
Die Bevollmächtigten werden dringend ersucht, vorstehende
Bestimmungen genau zu beachten und bei Einreichung von Anträgen
auf Gewährung von Fahrgehalt und Unzulagsunterstützung — neben
einem ausführlichen Bericht darüber, aus welchen Gründen ein
Wechsel des Wohnortes vorgenommen werden soll — die Personalkarte
der Mitglieder (Tag und Jahr der Aufnahme, S. und Buchnummer
und Beitragsklasse) genau anzugeben und das oben geforderte Be-
weismaterial beizulegen.
Eingehende Anträge, die nicht genügend begründet oder das
geforderte Beweismaterial nicht enthalten, können nicht berücksichtigt
werden.“

Als verloren gemeldet wurde:
Von Berlin, das Mitgliedsbuch S. II 54589, lautend auf Wilhelm
Stürmer aus Deutsch-Krona, eingetr. 17. 11. 07, Nr. 3. Die
Beitragsmarken sind darin gelistet bis Ende Januar 1913.
Im Vorzeigungsfall ist das Buch zu konfiszieren und ein-
zuführen. (E. 1608, 22. J. 13.)
Ohne Abmeldung rüsten ab:
Leisnig: Der Sortierer Ulrich Warlock aus Dresden, S. II, Nr.
32414, eingetr. 24. 4. 08, Nr. 3, und der Zigarettenmacher
Fritz Preußlich aus Wöbau, S. II, Nr. 18494, eingetr. 5. 8. 11,
Nr. 3. An vorstehende Mitglieder darf keine Unterstützung
gezahlt werden. (E. Br. 1514/3.)

Vom Vorstande sind ernannt:
Leisnig: Paul Großmann als 1. Bev.
Warendorf: Emil Köthe als 1. Bev.
Geldern: Konrad Drh als 2. Bev.
Adressenänderungen.
Leisnig (12). Der 1. Bev. Paul Großmann wohnt Kolbitz 13.
Warendorf (4). Der 1. Bev. Emil Köthe wohnt Warendorf, Ost-
wall 57.
Geldern (5). Konrad Drh, Beertestr. 16. Alle für die Zahlstelle
Geldern bestimmten Aufschriften und Sendungen sind an diesen
zu richten.

Unterstützungen werden ausgezahlt:
K.-U. = Arbeitslosen-Unterstützung. K.-U. = Kranken-Unterstützung.
Meisnig: K.-U. u. K.-U. bei Leonh. Kilian, Haringbrunnengasse 15 II.
Vom 10. bis 16. Juni 1913 sind folgende Gelder bei mir ein-
gegangen. B. = Verbandseinträge.
7. Juni: Waldheim B. 200.—, Neudamm B. 25.—, 8. Juni:
Wustorf B. 40.—, 9. Juni: Hartha B. 500.—, 10. Juni:
Döbeln B. 150.—, Eisenberg B. 50.—, Berlin B. 600.—, Walle-
brück B. 60.—, Schwenningsdorf B. 30.—, 11. Juni: Dö-
ber B. 70.—, Nordhausen B. 100.—, 12. Juni: Hohenhausen B.
200.—, 13. Juni: Gera B. 130.—, Burgdorf B. 200.—, Woffum
B. 49.55, Dresden B. 1800.—
Breme den 16. Juni 1913.
W. Nieber-Wellaud, Kassierer.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende
Gelder bei mir eingegangen.
13. Juni: Bremen, H. Hobbenkamp 72,95 M.
Bremen, den 16. Juni 1913.
W. Nieber-Wellaud, Kassierer.

Kandidatenliste zum 16. Verbandstag.
1. Gau (Hamburg).
Zahlstelle Verden: Georg Lieberknecht, Verden; Dietrich
Bormann, Verden.
Zahlstelle Bredstedt: Traugott Bauer, Bredstedt.
Zahlstelle Neumünster: August Jürs, Neumünster.
Zahlstelle Ahm: August Käfer, Ahm.
Zahlstelle Habersleben: Joh. Møllegaard, Habersleben.
Zahlstelle Kenhaus a. E.: Wihl. Laudam, Kenhaus.
2. Gau (Braunschweig).
Zahlstelle Seesen: Johann Ver, Seesen.
Zahlstelle Halberstadt: Karl Reinecke, Halberstadt.
Zahlstelle Braunschweig: Ernst Spackfäse, Braunschweig.
Zahlstelle Magdeburg: Karl Lüdge, Magdeburg.
Zahlstelle G. r. Hübden: Der aufgestellte Kandidat heißt
Karl Pölm und nicht Karl Pöhne, wie irrlich in
Nr. 24 des Tabak-Arbeiter berichtet wurde.

3. Gau (Nordhausen).
Zahlstelle Giesleben: W. Christlunge, Giesleben.
4. Gau (Herford).
Zahlstelle Bünde: Carl Meite, Bünde.
Zahlstelle Soest: S. Schmidt, Soest.
Zahlstelle Enger: Herm. Behmer, Enger.
Zahlstelle Elshausen: Karl Wackmann, Elshausen.
Zahlstelle Dünne: Herm. Kossel, Dünne.
Zahlstelle Eist Duerneim: Fritz Alhorn, Eist-Duerneim.
5. Gau Rün.
Zahlstelle Drsoy: Dietrich Wiewands, Drsoy.
Zahlstelle Rün: W. Gerken, Rün.
Zahlstelle Geldern: Joh. Mallo, Geldern.
6. Gau (Frankfurt a. M.).
Zahlstelle Frankfurt a. M.: Wihl. Frey, Frankfurt a. M.
Zahlstelle Wiesbaden: Heinrich Kiegel, Wiesbaden.
Zahlstelle Launsbach: Heine. Kiegel, Wiesbaden.
7. Gau (Heidelberg).
Zahlstelle Heidelberg: Peter Wolf, Kirchheim.
Zahlstelle Destrungen: Friedrich Wender, Destrungen.
Zahlstelle Pflungstadt: Ludwig Klöpinger, Pflungstadt.
8. Gau (Offenburg).
Zahlstelle Straßburg: Joseph Adam, Straßburg.
9. Gau (Karlsruhe).
Zahlstelle Zinnenhausen: Hermann Steller, Zinnenhausen.
10. Gau (Erfurt).
Zahlstelle Zeitz: Max Köllin, Zeitz.
Zahlstelle Halle: Leo Keszuba, Halle.
Zahlstelle Koneburg: Adolf Pottow, Koneburg.
Zahlstelle Erfurt: Anton Richter, Erfurt.
Zahlstelle Salungen: Paul Richter, Salungen.
Zahlstelle Schmälde: Rudolf Richter, Schmälde.
11. Gau (Dresden).
Zahlstelle Waldheim: Karl Richter, Waldheim.
Zahlstelle Schöndorf: Max Jahn, Schöndorf.
Zahlstelle Pirna: Emil Baum, Pirna.
Zahlstelle Döbeln: Minna Schilling, Döbeln.
Zahlstelle Rauhof: Hermann Morgentern, Rauhof.
Zahlstelle Frankenberg: Franz Wölke, Frankenberg.
Zahlstelle Baunke: Ernst Richter, Baunke.
Zahlstelle Seiffenheersdorf: Emil Gastmann, Seiffenheersdorf.
12. Gau (Breslau).
Zahlstelle Strehlen: Carl Müller, Strehlen.
Zahlstelle Rawitzsch: Adolf Morawitz, Rawitzsch.
Zahlstelle Legniz: Paul Großmann, Legniz.
Zahlstelle Zauer: Ernst Wittig, Zauer.
Zahlstelle Halbau: Richard Nischke, Halbau.
Zahlstelle Breslau: Karl Gerstner, Breslau; Otto
Demprich, Breslau; Paul Battermann, Breslau.

13. Gau (Berlin).
Zahlstelle Frankfurt a. d. O.: Carl Streich, Frankfurt a. d. O.
Zahlstelle Schmölln: Paul Zapf, Schmölln.
Zahlstelle Berlin: Wilhelm Börner, Berlin; Sally Rosenthal,
Berlin.
Zahlstelle Schönlank: Joh. Maubel, Schönlank.

Kandidatenliste für die Sektionen der Sortierer.

4. Gau (Herford).
Zahlstelle Bünde: Heinrich Wöler, Bünde.
11. Gau (Dresden).
Zahlstelle Döbeln: Franz Zanta, Döbeln.

Kandidatenliste für die Sektionen der Zigarettenarbeiter.

11. Gau (Dresden).
Zahlstelle Dresden: Richard Klein, Dresden; Helene Paulat,
Dresden; Elisabeth Stolz, Dresden; Bernh. Wiedrich, Dresden.
13. Gau (Berlin).
Zahlstelle Berlin: Gustav Rembrant, Berlin; Robert Krum-
now, Berlin; Luise Minuth, Berlin; Marie Ostinde, Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.
Siegt den gewohnheitsmäßigen Versammlungsschwächern, wo ihr
sie trifft, auf's Doh und sagt ihnen, was sie zu tun haben!

Sonnabend, den 21. Juni:
Altenburg: Ab. 8, im Gewerkschaftshaus. Wichtige T.-D.
Bobbenhäuser: Ab. 8, h. Behmer, T.-D. wird dort bekannt gegeben.
Karlsruhe: Ab. 8, Schwarzwälder Hof, T.-D. wird dort bel. gegeben.
Oberbeders: Ab. 8 1/2, an bekannter Stelle, T.-D. wird dort bel. geg.
Sonntag, den 22. Juni:
Mannheim: Nachm. 2, im Erbprinzen, O. 5, Nr. 1, T.-D.: Stellung-
nahme z. Verbandstag; Kandidatenaufstellung; Verschiedenes.
Tschö: Morgens 9 1/2, bei Fr. Licht, T.-D. wird dort bel. gegeben.
St. Archenberg: Mittags 12, im Gasthaus zur Krone, T.-D.: Der
Verbandstag. (Referent: Gauleiter Schneck).
Montag, den 23. Juni:
Braunschweig: Ab. 8 1/2, „Stadt Lüneburg“. T.-D.: 1. Verbands-
tag, 2. Anträge, 3. Verschiedenes.
Wöbau: Ab. 8, in Heinrichs Restaurant, T.-D.: 1. Verbandstag (Ref.:
Gauleiter D. Weigel); 2. Volkshilfsorge; 3. Verschiedenes.
Sonnabend, 5. Juli:
Seesen a. H.: b. W. Boffe (Herberge), T.-D.: Der Verbandstag (Ref.:
Gauleiter Voraz); Anträge zum Verbandstag.

Gau Braunschweig (Mitgliederversammlungen).
Sonnabend, den 21. Juni abends 8 Uhr in Schönhausen a. G.
Sonntag, " 22. " morgens 10 " " Tangermünde
Sonntag, " 22. " nachmitt. 6 " " Stendal
Montag, " 23. " abends 8 " " Burg bei Magdeburg
Dienstag, " 24. " " 8 1/2 " " Magdeburg
Mittwoch, " 25. " " 8 " " Erleben-Myrleben
Donnerstag, " 26. " " 8 " " Helmstedt
Sonntag, " 28. " " 8 " " Selmarshausen
Sonntag, " 29. " morgens 11 " " Nör in Sölling
Sonntag, " 29. " nachmitt. 6 " " Moringen
Montag, " 30. " abends 8 " " Verden
Dienstag, " 1. Juli " 8 " " Freden.

In allen Versammlungen ist die Tagesord-
nung: **Der Verbandstag.**
Referent: Gauleiter Voraz.

Gestorben:
Am 29. Mai zu Herford Fritz Demeyer aus Kirch-
lengern, 29 Jahre alt.
Am 2. Juni zu Goyenhagen Franz Propson aus
Waber (Kreis Merzig), 62 Jahre alt.
Am 6. Juni zu Verden Karl Schumann aus Genthin,
42 Jahre alt.
Am 7. Juni zu Bünde Heinrich Caspelbeck aus
Dünne, 41 Jahre alt.
Am 13. Juni zu Tautenberg Rich. Hugo Philipp
(genannt Paas) aus Freiberg, 60 Jahre alt.
Am 13. Juni zu Röhden Fritz Müller aus Röhden,
19 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

H Ca. 15000 gebrauchte Formen F

in ungefähr 300 verschiedenen Fassons auf Lager.

Soeben 3000 **nur moderne** Formen neu eingetroffen!

Die Formen sind gut erhalten, vielfach wie neu. Große Posten jeder Sorte.

Fast nur moderne Fassons, darunter alle Spezialitäten!

Sehr billige Verkaufspreise! Verlangen Sie Musterbogen!

Mein Lager gebrauchter Formen wird ständig ergänzt!

Die Offerten meines Juni-Kataloges sind ausserordentlich preiswert!

Horrend billige
**Sumatra-
Decken!**

Heinrich Franck

**Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22**

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4852

Leon Weil, Speyer a. Rh. Rohtabake

Wichtig für die Spezialfabrikation in Mexicodeck!

Sie liefern ein prachtvolles Fabrikat durch Verwendung meiner soeben eingetroffenen
San Andres-Mexico der neuen guten Ernte

Ladung „La Victoria“ Ladung „TulSiquapam“
gleich hervorragend in Aroma und Art, wunderbar dunkle, meist schwarzgrau farben,
sehr ergiebig, schneeweißer Brand

Nr. 187 M 4.50 Nr. 182 M 5.30 Nr. 185 M 5.50 Nr. 186 M 5.60 pro 1/2 kg. verz.

Dazu passendes **Sumatra-Umblatt (Deli-Tabak)**

3r. Vollblatt, reif und leicht Mk. 1.90 pro 1/2 kg. verzollt

Beste Cruz das Almas St. Felix Aufleger und Einlage Mk. 1.90 u. 1.75 pro 1/2 kg. verzollt

Ia. Vorstenlanden-Einlage trockenbrauner Qualitätstabak, feinsten Stich Mk. 1.25 1/2 kg. verz.

Telephon 149: **Leon Weil, Speyer a. Rh.**
gegründet 1852 **Rohtabakhandlung**

Ferner empfehle ich in den beiden letzten Einschreibungen vom 6. u. 13. Juni cr. gekauften
Sumatradecker für feinere Fabrikation auch für
Detailverkauf besonders geeignet.

Nr. 761	Mk. 2.30	Medan Tab. My 3r.	Vollblatt, hellreife rötliche Farben.
" 769	3.30	Deli My/TS 2r.	Vollblatt, sehr zart, breitblättrig, beste hellbraune Farben.
" 772	6.00	Deli B ^a My/Tandem/SV 3 3r.	Vollblatt, mattfarb., zartblättrig, enorm ergiebiger Qualitätsdeckler, Vollblatt, mattfarb., zartblättrig, außerordentlich glänzend, feinste Farben.
" 774	7.00	do. /SV 2 2r.	Vollblatt, etwas Spickel, hell zart und ungemein deckfähig.
" 742	4.00	JL/Pakaran 2r. Deli,	Vollblatt, mit elegantem Spickel, sehr deckfähig, gute Farben.
" 756	3.50	PLBT/Co. 1r. Borneo,	

Postscheck-Konto: **Ludwigshafen a. Rh. Nr. 1341**

GELEGENHEITSKAUF

Ich kaufe Riesenposten

gebrauchter Formen

nur moderne Fassons und gebe dieselben zu fabelhaft billigen Preisen ab. Verlangen Sie sofort Schiffchenabdrücke. Offerten an die Exped. d. T.-A. unter N. 40.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtwall 35 Fernsprecher 3946
empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500	Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180	Havana 200, 250, 300, 400
Java-Decker dunkel 220, hell 260, 280, 300, 320	Decker 700
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165	Yara-Cuba 200, 220, feine Qualität
Java-Einlage 95, mit Umbl. 110, 120, 130	Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320	Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130
Brasil-Decker 175, 200, 210	Domingo-Umbl. 110, 120, 130
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160	Domingo-Einlage und Umblatt, 100
	Rio-Grande-Decker 120, 130
	Einlage 110
	Losgut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100
	beste Sorte leicht und sehr blättrig 110

neue und gebrauchte in allen Fassons von 50-150 Schiffchen-Abdrücke verleihe gratis und franko. Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Schlaggewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Tragant, allerreinste Ware, größte Klebekraft, per Pf. 250 M. Kigarronband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 180 M. Bastbündelband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 M. Preise per Pfund verzollt einschließlich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme

Druckladen Schmalfeldt & Co., Bremen.

Gelesene Tabak-Arbeiter bilden ein vorzügliches Agitationsmittel, deshalb gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Das Hamburger Rohtabak-Lager
In Seesen am Harz
Inh. John Levie
empfiehlt besonders preiswert von je 100 Packen Kolon A, Java-Decke, I. Länge, kreideweisser Brand, zum links u. rechts-Decken, 185 M. per Pfd. Carmen-Einlage feine Qualität 110 M. Java-Aufarbeiter 120 M. durch, trocken. Verlangen Sie Kataloge, über ein gros Verkauf Spezialofferte.

Unlieb verspätet!
Unsern Kollegen Herrn Dr. B. H. nicht seiner lieben Frau zu ihrer am 15. Juni stattgefundenen Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche!
Die Sachse Friedeburg, Neum.
Briefkasten.
Friedeburg 80 M.

Rohtabakgeschäft Otto Brandes

BREMEN, Westerstrasse 96
Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

Carl Roland, Berlin SO.

Rohtabakgeschäft
Sumatra-Stückblatt
große 2. Blattlänge, sehr viel helle Farben enthaltend, blütenweißer Brand, vortrefflich bedend, pro Pfund nur M. 2.-